

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

47. Sitzung
1. Oktober 2014

Beginn: 11.08 Uhr
Schluss: 13.56 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)
zeitweise Marion Platta (Linke)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/1544
**Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz
der innen liegenden Sporthalle Pasteurstr. 7-11 im
Bezirk Pankow, Ortsteil Prenzlauer Berg, zugunsten
von Schul-Mensa/Cafeteria und Foyer**

[0176](#)
StadtUm
Haupt
Sport(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide (CDU): Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Situation der stadtweiten Grün- und

Erholungsflächenpflege

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0172](#)

StadtUm

Ich darf Herrn Stadtrat Kirchner begrüßen! – Jetzt würde ich die antragstellenden Fraktionen um eine kurze Begründung bitten! – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Kollege Freymark und ich teilen uns die Begründung und machen es kurz und bündig. Wir freuen uns sehr, dass auch ein Bezirk mit einem Stadtrat hier vertreten ist.

Das Thema Grünpflege in der Stadt ist nicht neu. Wir alle erleben täglich, dass leider nicht in allen Bezirken das, was wir als Haushaltsgesetzgeber den einzelnen Bezirken zur Verfügung stellen – das ist ein mindestens zweistelliger, wenn nicht sogar dreistelliger Millionenbetrag, je nachdem, wie man das rechnet – komplett für die Grünflächenpflege verwandt wird. Das ist die Praxis, die wir seit vielen Jahren erleben müssen. – Ich werde gerade daran erinnert, dass wir gern ein Wortprotokoll hätten, Herr Vorsitzender! Wenn wir das noch kurz beschließen könnten, weil ich denke, dass das Dinge sind, die viele Bezirksvertreterinnen und -vertreter interessieren. Könnten wir das noch kurz verabreden?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann tun wir das so.

Daniel Buchholz (SPD): Danke schön! – Es ist schon seit vielen Jahren ein Thema, wie viel von dem, was wir als Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stellen, tatsächlich in den Bezirken ankommt und was im Rahmen der Globalsummen der Bezirke tatsächlich für diese Pflege verwandt wird. Das wird von den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt, wie wir erleben müssen. Ich hatte selbst die Ehre – ich bin schon einige Jahre Mitglied des Abgeordnetenhauses –, über ein Jahr eine interne Koordinierungsgruppe zu leiten, in der wir schon mal versucht haben, das aufzuarbeiten. Es war sehr schwierig, weil die Bezirke sehr unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen haben, wie Sie mit diesem Geld, das eigentlich für die Grünflächen vorgesehen ist, umgehen. Darum würden wir heute mit dem Besprechungspunkt sowohl den Senat als auch den Bezirksvertreter bitten zu sagen, wie der Stand der Weiterentwicklung des Umgangs mit den Geldern ist. Wir sollten auch mal darüber reden, dass es – anders als in anderen Bundesländern – in Berlin einmalig ist, dass die Straßenreinigungsgelbst für Grünflächen auch den jeweiligen Bezirken übergeholfen werden. Das ist sehr ungewöhnlich. Man müsste nicht im Rahmen einer Revision mal überdenken, das zu ändern, weil wir da, wie gesagt, einen großen Extrastiefel zulasten der Bezirke fahren. Wird das im Rahmen der Betrachtung dort vorangebracht, und welche Möglichkeiten sehen Sie – sowohl der Senat als auch die Bezirke –, einen bestimmten Teil dessen, was wir als Haushaltsgesetzgeber für die Grünflächenpflege zur Verfügung stellen, verbindlich zu machen, also einen festen Teil des Budgets für die Bezirke vorzusehen? Halten Sie das für sinnvoll, ja oder nein?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! Für die 38 Abgeordneten der CDU-Fraktion ist das ein sehr wichtiges Thema, weil jeder im Wahlkreis nicht nur durch die Bürgerbüros, sondern auch so, eng verzahnt ist. Wenn ich die schriftlichen Anfragen aus dem Januar 2013 bzw. August 2014 von den Kollegen Altug und Vogel sehe, stelle ich fest, dass es unter anderem so dargestellt wird, als wenn alles in Ordnung wäre und ein Biotop am Straßenrand nicht schaden könne. Ich glaube aber, dass es die Menschen sehr wohl bewegt. Ich selbst habe im Petitionsausschuss die Aufgabe, für Umweltfragen als verantwortlicher Ansprechpartner zu agieren. Mit Frau Albers habe ich dort lange zusammengearbeitet. Sie hat auch die eine oder andere Petition auf den Tisch bekommen. Gemeinsam durften wir feststellen, dass sich viele Menschen darüber beschwerten, dass die Entwicklung der letzten Jahre eher negativ ist. Das kann möglicherweise subjektiv sein, aber genau darüber wollen wir heute sprechen. Ist es eventuell ein subjektives Empfinden, oder gibt es tatsächlich objektive Kriterien, die dazu führen, dass das so empfunden werden muss? Deswegen bin ich sehr dankbar, dass Herr Kirchner heute dabei ist, weil der Rat der Bürgermeister stark in die von Herrn Gaebler angestoßene Evaluierung, die stattfinden soll, involviert ist. Wir würden gern mit Ihnen den Status quo bewerten und diskutieren. Ich würde gern wissen, wie die Perspektive 2015 aussieht und welche kurzfristigen Einflussmöglichkeiten überhaupt bestehen. In der Frage der Zukunftsplanung gibt es verschiedenste Szenarien, die eintreten könnten, sei es das private Engagement, was in Neukölln anscheinend praktiziert wird, sei es eine landeseigene Gesellschaft, die diese Aufgabe übernimmt, oder ob es am Ende eine Frage des Geldes und eine Aufgabenkritik ist, wie man so etwas löst. Das alles sind die Fragen, die wir heute mit ins Spiel bringen, und wir würden uns wünschen, dass wir gemeinsam eine mittelfristige Perspektive entwickeln können, die dazu führt, dass die Leute nicht mehr ganz so oft wegen dieses Thema in die Bürgerbüros erscheinen, sondern vielleicht wieder wegen anderer. – Danke schön!

Amtierende Vorsitzende Marion Platta: Vielen Dank für die Begründungen! – Jetzt hören wir unseren Staatssekretär.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass die Koalitionsfraktionen das Thema auf die Tagesordnung genommen haben. Das ist nicht ganz überraschend, weil in der Koalitionsvereinbarung dafür die Grundlagen gelegt sind, dass eine Evaluierung der Grünflächenpflege mit dem Ziel stattfindet, die Steuerungsfähigkeit der Grünflächenpflege zu verbessern.

Wir haben in den vergangenen Jahren folgende Probleme gehabt: Zum einen war die Verteilung des Gesamtbudgets auf die Bezirke immer ziemlich strittig, weil das ein Verteilungskampf ist, der manchmal etwas absurde Züge angenommen hat, wenn immer mit Sieben-zu-fünf-Entscheidungen ein Verteilungsschlüssel für die Grünflächenpflege im Rat der Bürgermeister beschlossen wurde und das Abgeordnetenhaus dann immer vor der Frage stand, ob es den so übernehmen soll oder nicht, weil die fünf sofort beim Abgeordnetenhaus vorstellig werden und sagen, dass es so nicht gehe. Das ist ein Indiz.

Das Zweite ist, dass aufgrund einiger Spezifika der Kosten- und Leistungsrechnung der Etat eigentlich immer weiter runtergeht und immer weniger dort ankommt, wo es ankommen soll, neben dem Effekt, dass die Bezirke selbst im Rahmen ihrer Globalhaushalte gelegentlich Geld davon abzweigen.

Zum Dritten kommt hinzu, dass aufgrund der zurückgehenden Ressourcen in den Bezirken die Reserven fehlen, mit denen man früher im Bereich der Grünpflege das eine der andere ausgleichen konnte, sodass für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar wird, dass hier nicht mehr die Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung stehen und auch nicht die Kompetenzen, die notwendig sind, um dauerhaft und nachhaltig Grünpflege in der Stadt zu betreiben.

Die Bezirke sind ja überwiegend für die Pflege und Unterhaltung der weit über 12 500 Hektar öffentlicher Grünflächen – das schließt über 6 000 Hektar öffentliche Grün- und Erholungsanlagen und Kinderspielplätze ein – zuständig. Dazu erhalten sie die erforderlichen Sach- und Personalmittel aus dem jeweiligen Globalhaushalt des Bezirkes. Wir stellen aber fest, dass die Lobby für den Grünbereich zwar nominell groß ist, weil alle gern gepflegte Grünanlagen haben wollen, andererseits bei den Verteilungskämpfen, die es in Konkurrenz mit Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen und anderen Dingen im Bezirk gibt, doch nicht immer an erster Stelle stehen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Insofern ist es gut, das Thema heute hier zu besprechen, um das Bewusstsein dafür schärfen, was an der Stelle auf dem Spiel steht bzw. was erforderlich ist, um substantiell und qualitativ hochwertig arbeiten zu können.

Das Budget für die vier Grünanlagenprodukte ist seit Jahren relativ konstant. Die meisten Straßen- und Grünflächenämter haben sogar mehr Gelder für die Pflege und Erhaltung der Grünflächen ausgegeben, als der jeweilige Bezirk für diese Produkte in seiner Globalsumme enthalten hat. Einige Ausnahmen gibt es natürlich auch. Im Gegenzug sind jedoch die Ist-Kosten gesunken. Das liegt nun wieder an den Problemen, die ich gerade beschrieben haben, die eher in der Kosten- und Leistungsrechnung in bestimmten Verbuchungen für Gemeinkosten und Ähnliches bestehen. Das will ich hier gar nicht vertiefen. Ich weiß nicht, ob Herr Kirchner Ihnen das besser erklären kann. Wichtig ist an der Stelle, dass man sich fundiert einer Analyse und einer zielorientierten Konzeption annähert. Deshalb hatte ich zusammen mit einigen Kollegen aus den Bezirken eine Gesprächsrunde, wo wir überlegt haben, wie wir das jetzt konzeptionell und fundiert angehen. Wir haben uns darauf verständigt, dass es sich aus unserer Sicht lohnt, ein Projekt Evaluierung der Grünflächenpflege unter Berücksichtigung der Kosten, Nutzung und Qualitätsanforderungen auf den Weg zu bringen, damit es mal eine grundlegende Analyse gibt, die die verschiedenen Ideen einbezieht, die schon anklingen, z. B. eine stärkere Zentralisierung, und untersucht, wo die Schnittstelle zur BSR bei der Müllbeseitigung ist, also: Wie teile ich überhaupt die verschiedenen Flächen auf und weise sie bestimmten Sachen zu, bis hin zu der Frage, mit welchen Kosten ich die Grünfläche belaste und bei welchen ich sie entlasten sollte, Stichwort Straßenreinigungsgebühr? Das muss wirklich mal von Grund auf analytisch durchgearbeitet werden, was natürlich auch wieder etwas dauert, aber was dann eine qualifizierte Entscheidungsgrundlage für die Bezirke, für die Hauptverwaltung und letztendlich auch für das Parlament als Haushaltsgesetzgeber und als Rahmengerber über LHO und andere Regularien gibt.

Das hat erfreulicherweise soweit gefruchtet, dass alle Bezirke das unterstützen. Wir haben eine entsprechende Projektvereinbarung mit allen Bezirken geschlossen. Ziel des Projektes ist, es vor dem Hintergrund sinkender Personal- und Sachmittel, der demografischen und

Entwicklung, der Altersstruktur in der Verwaltung und der öffentlichen Diskussion über Pflege-defizite die kommunalen Verwaltungs-, Steuerungs- und Pflegeprozesse zum Berliner Stadtgrün einschließlich der Schnittstellen zu anderen Ämtern und Aufgabenträgern zu untersuchen. Einerseits soll eine Qualifizierung der bestehenden Produkte auch im Rahmen des Systems der KLR stattfinden, insbesondere der Produkte für öffentliche Grünanlagen. Andererseits sollen jedoch organisatorische Aspekte außerhalb des Systems der KLR näher betrachtet werden, um nicht immer auf dieses System festgelegt zu sein. Ziel ist es zu gucken, wie man ein gutes Angebot für die Bevölkerung und zusätzlich eine qualitative Entwicklung im Sinne der Strategie Stadtlandschaften sicherstellen kann. Dabei werden auch Schnittstellen zu andern Akteuren im öffentlichen Raum, insbesondere aus dem Tiefbau- und Naturschutzbereich, einbezogen, und die Untersuchung der Senatsfinanzverwaltung zum Vergleich der Kosten in der Grünpflege wird berücksichtigt. Wir wollen darüber hinaus bundesweit einen Abgleich machen, wie das in anderen Kommunen oder auch in anderen Stadtstaaten organisiert wird, um Vergleichszahlen zu haben und in der Diskussion mit den Haushältern entsprechend qualifiziert arbeiten zu können.

Einbezogen werden auch die Bürgerinnen und Bürger als Kunden und Nutzer des öffentlichen Grüns, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senats- und Bezirksverwaltungen, aber auch Einrichtungen wie die BSR und andere, die auch eine Rolle spielen können und sollen. Der Prozess hat schon begonnen. Die Auftaktveranstaltung ist im Herbst, und wir wollen bis Ende nächsten Jahres Ergebnisse vorlegen, damit die noch in dieser Legislaturperiode in irgendeiner Form in entsprechende Regelungen umgesetzt und spätestens mit der nächsten Legislaturperiode wirksam werden können.

Insofern sehen Sie, dass wir uns unabhängig von Zuständigkeitsdiskussionen da herangemacht haben, eine Qualitäts- und Notwendigkeitsdiskussion zu leisten.

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie viel qualifiziertes eigenes Personal in diesem Bereich erforderlich ist, um qualifiziert steuern und agieren zu können. Diese Diskussion haben wir ja inzwischen in vielen Bereichen, wo früher gesagt wurde, das könne man alles an Dritte vergeben, und das macht sich dann mehr oder weniger von selbst. Die Erfahrungen in den Bereichen, wo das gemacht worden ist, sind nicht unbedingt die besten, gerade was die Qualität und die Nachhaltigkeit der Arbeit angeht. Vermutlich liegt die Wahrheit wie so häufig in einer vernünftigen Kombination von beiden Maßnahmen, aber Tatsache ist, dass die bezirklichen Grünflächenämter für ihre Aufgaben ausgestattet sein müssen, und die Aufgaben müssen entsprechend klar definiert sein.

Die Senatsverwaltung strebt nicht an, ein Landesgrünpflegeamt auf den Weg zu bringen, und wir sind auch nicht der Meinung, dass, wenn jetzt die Grün Berlin GmbH zum Beispiel alle Grünflächenpflegestandorte übernimmt, automatisch alles besser wird. Auch da liegt die Wahrheit sicherlich in der Mitte, dass es an bestimmten Stellen hilfreich sein kann, wenn man mit Landesinstitutionen, Landesgesellschaften hier unterstützend tätig wird. Aus unserer Sicht sollten aber die Bezirke auf jeden Fall die Federführung, die Definitionshoheit behalten und letztlich die Leistungen bestellen, die sie über das hinaus, was sie selbst in Eigenregie erbringen können, anfordern wollen.

Wie gesagt, das wird jetzt alles in diesem Projekt sehr detailliert untersucht werden, und ich glaube, dass Sie mit dem Bericht eine Entscheidungsmöglichkeit haben, die vielleicht das jahrelange Sich-in-der-Frage-im-Kreis-Drehen in einer gleichzeitigen Abwärtsspirale, durchbricht und dann auch der Grünpflege in Berlin eine neue und gute Zukunft bietet.

Amtierende Vorsitzende Marion Platta: Vielen Dank! Das waren schon viele Informationen, aber ich denke, dass Herr Kirchner das noch aus Sicht des Bezirks ergänzen kann, zumindest hat Herr Freymark darum gebeten.

Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner (BA Pankow, Abt. Stadtentwicklung): Vielen Dank für die Einladung und dass die bezirkliche Sicht auch Berücksichtigung findet! Das betrifft ja die gesamte Stadtgesellschaft, und wir reden im Übrigen nicht bloß – zur Begriffsbestimmung sei das erwähnt – über Grünflächenpflege. Wenn die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter überhaupt zur Pflege kommen würden – ich führe das noch aus –, wären wir schon einen Riesenschritt weiter. Es geht in erster Linie um die Verkehrssicherungspflicht, die derzeit den Ämtern ausdrücklich Sorgen bereitet, denn nicht immer ist die Verkehrssicherungspflicht überhaupt leistbar.

Wir haben es Gott sei Dank mit einer Rückeroberung des öffentlichen Raums zu tun, denn die bisherigen Pflegestufen gehen davon aus, dass sich ein Park oder eine öffentliche Grünfläche im Stadtraum befindet, man sich dort gesittet durchbewegt, seinen Müll mitnimmt – das meine ich nicht ironisch, sondern man geht tatsächlich davon aus –, und Montagfrüh kommen die Pfleger und schneiden den Rasen und die Hecken. Berlin ist aber lebendiger. Die Nutzung öffentlicher Grünflächen geht von 50 000 Menschen an einem Wochenende im Mauerpark bis hin zum Schlosspark Pankow – ich kenne mich in Pankow naturgemäß am besten aus –, wo Familien Picknick machen, ganze Wochenenden verbringen und sich im öffentlichen Raum aufhalten. Das ist im Übrigen so gewollt. Es sind öffentliche Grünflächen. Allerdings hinkt das bisherige System der Grünflächenpflege auch stadtgesellschaftsphilosophisch hinterher. Diese Herausforderung müssen wir meistern. Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen, dass in dieser Arbeitsgruppe auch darüber zu diskutieren sein wird, wie wir mit diesen enorm genutzten Grünflächen umgehen und wie wir reagieren können.

Wenn ich sage, dass die Verkehrssicherungspflicht eigentlich das Hauptthema der Straßen- und Grünflächenämtern ist, dann meine ich das ernst. Wir haben allein in Pankow 100 000 Straßen, 100 000 Bäume, 43 000 Straßenbäume. Wir haben etliche Hektar öffentliche Grünflächen, wir haben 210 Spielplätze, die auch in den Etat reinfallen, und wir haben einen Haufen Sportflächen. Insgesamt stehen dafür 1,9 Millionen Euro zur Verfügung, 1,9 Millionen Euro für einen Bezirk vom Alex bis nach Buch. 780 000 Euro von diesen 1,9 Millionen Euro geben wir ausschließlich – das ist in anderen Bezirken ähnlich – für die Verkehrssicherungspflicht bei Straßenbäumen aus, damit nicht so etwas wie in Friedrichshain-Kreuzberg passiert, dass einfach ein Baum umfällt, ein Ast abfällt und möglicherweise Menschen zu Schaden kommen. Diese Verkehrssicherungspflicht ist gesetzliche Aufgabe, und die bindet erhebliche Mittel.

Allein 100 000 Euro von 1,9 Millionen Euro – nur damit Sie mal ein Gefühl für die Dimension bekommen – geben wir dafür aus, dass der Mauerpark Montagfrüh sauber ist. Das ist unsere öffentliche Aufgabe, denn der Mauerpark wird nicht nur von den vielen Touristen, Besucherinnen und Besuchern genutzt, die übrigens herzlich willkommen sind – um nicht missver-

standen zu werden –, sondern es gibt Anwohnerinnen und Anwohner, Kitas, Schulen usw. Es ist eine notwendige Aufgabe, und zum Beispiel Müllentsorgung in den Parks ist bisher in den Produkten – damit komme ich zu dieser Rückeroberung des öffentlichen Raums und ein anderes Nutzungsverhältnis zurück – überhaupt nicht abgebildet. Wenn wir zur Pflege kommen würden, dann würde es allerdings auch bedeuteten, dass wir dort grünerhaltende Maßnahmen machen, Baumschnitt, gar Sträucher pflegen oder – auch das ist in Berlin früher so gewesen – oder im Frühjahr Blumenrabatten anlegen können. Das Geld haben wir schlicht nicht, weil alles in die gesetzlich vorgeschriebene Verkehrssicherungspflicht geht.

Ich möchte kurz auf das Personal eingehen. In der Tat haben die Einsparvorgaben der letzten Jahre – in Teilen begründet, in Teilen vielleicht überambitioniert – dazu geführt, dass zum Beispiel im Grünflächenamt Pankow von 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch 200 da sind. Man muss sich dann nicht wundern, dass das im öffentlichen Raum Auswirkungen hat, und das meine ich gar nicht vorwurfsvoll, sondern rein nüchtern betrachtet. Dazu kommt, dass gerade im Gärtnerbereich, das wird gern unterschätzt, der Anteil der Menschen mit Schwerbehinderung ausgesprochen hoch ist, und das ist auch ausgesprochen gewünscht, denn auch diese Menschen brauchen einen Platz in der Gesellschaft. Den sollen sie auch haben. Im gärtnerischen Bereich finden viele ihre Bestimmung und Lebenserfüllung, aber das bedeutet natürlich im Umkehrschluss, dass der Betreuungsaufwand für die anderen Kollegen erheblich ist – die müssen mitgenommen werden, die müssen teilweise von zu Hause abgeholt werden – und die Leistungsfähigkeit nicht so wie bei einem 25- oder 30-jährigen jungen Menschen ist, der frisch und ehrgeiziger Berufsanfänger ist. Das ist aber ein Aspekt, der in der Kosten- und Leistungsrechnung kaum Berücksichtigung findet, weil die von einem Idealbild Leistung ausgeht.

Die KLR möchte ich kurz, was die Systematik betrifft, gegenüberstellen. Im Straßenunterhaltungsbereich können Sie die Leistung nach repariertem Quadratmeter abrechnen: Soundso viel Quadratmeter, soundso viel Menge. – Im Grünflächenbereich gibt es ein anderes System. Hier wird verglichen, wie viele Quadratmeter Grünfläche der jeweiligen Unterhaltungs- und Pflegestufen es gibt, und dafür wird Geld zugewiesen. Im Umkehrschluss heißt das: Je weniger Sie machen, umso mehr Budgetgewinne haben Sie. – Das ist ein Punkt, wo die Solidarität der Bezirke – viel beschworen – mitunter Lücken hat und wo die profitieren, die vielleicht ganz besonders viel Personal eingespart haben. Die haben dann Budgetgewinne in großer Menge. Insofern ist es umso wichtiger, dass wir das vom Kopf auf die Füße stellen, weil diese Mengenerfassung nicht leistungsorientiert ist. Im Übrigen bilden – die Bemerkung sei gestattet – diese vier Pflegestufen nicht ab, welcher Pflegeaufwand tatsächlich nötig ist. Deswegen wird in der Folge auch zu diskutieren sein, ob wir nicht auch diese Pflegestufen mal neu sortieren. Deswegen waren wir sehr froh, dass ein sehr fundierter Ansatz für die Überarbeitung und das Überdenken dieser Systematik gemacht wird. Ich kann es nur als Bild deutlich machen: Der Mauerpark hat nicht Pflegestufe 1, sondern Pflegestufe minus 2 oder minus 5. Es gibt auch andere große Flächen wie den Görlitzer Park oder andere hier in der City.

Zur Frage der Zweckbindung: Die würde nicht helfen, weil die Gesamtsystematik die Bezirke dadurch nicht in eine bessere Situation bringt. Solange die KLR nicht reagiert, solange wir nicht tatsächlich die Produkte überprüfen, würde eine ausschließliche Zweckbindung die finanzielle und personelle Situation nicht wirklich verbessern. Eine Zweckbindung hat allerdings auch Vorteile, deswegen will ich sie nicht völlig verteufeln, dass zumindest die Bezirke,

in denen immer gern auf die Unterhaltstitel geguckt wird – das ist im Straßenunterhalt jahrelang auch gern gemacht worden – in den Bereichen vergleichsweise sicher planen können.

Kurz zusammengefasst: Eine Rückeroberung des öffentlichen Raums, die deutliche Konzentration auf die Verkehrssicherungspflicht, auch das Thema Müllentsorgung, die besondere Personalsituation und die KLR-Systematik machen es aus Sicht der Bezirke – Herr Staatssekretär hat angedeutet, dass das ein gemeinsam gewolltes Projekt ist – durchaus unverzichtbar, dass wir uns systematisch damit befassen, und die Evaluation und die weiteren Arbeiten in der Arbeitsgruppe werden, da bin ich mir sicher, sehr hilfreich sein. Es ist ja auch eine neue Qualität, dass Bezirke zusammen mit der Senatsverwaltung diese Pingpongspiel durchbrechen und sagen: Achtung! Die Grünflächen liegen in unserer gemeinsamen Verantwortung, nicht bloß in unserer, sondern auch in Ihrer. – Deswegen herzlichen Dank für die Befassung damit!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Es gab schon verschiedene Wortmeldungen, und als Erster hatte sich Herr Dr. Altug gemeldet. – Bitte!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben als Fraktion vor einem Jahr einen Besprechungspunkt zum Thema Grünflächenpflege angemeldet. Ich freue mich, dass wir heute darüber reden und dass der Senat sich mit den Bezirken zusammensetzt, um eine Lösung zu finden. Das ist der richtige Ansatz.

Wir brauchen eine Strategie für Berlin, wie künftig in dieser Stadt mit dem Klimawandel und damit einhergehenden Hitzeperioden umgegangen werden soll. Wir brauchen eine Strategie, wie Standards für naturnahe Pflegekonzepte entwickelt werden können – das heißt aber nicht, dass man gar nicht pflegt – und nicht zuletzt eine Strategie, wie das bürgerliche Engagement in der Stadt diesbezüglich gefördert werden kann.

Schuld an dieser Misere, was die Grünflächenpflege betrifft, ist nicht nur der fehlende Regen in manchen Sommermonaten, sondern vor allem die Tatsache, dass die Grünflächenämter personell und finanziell zunehmend auf dem Trockenen sitzen. Das wurde vorhin schon kurz erwähnt. Ihnen wird seit Jahren buchstäblich das Wasser abgedreht, was sich deutlich in den Parks und auf den öffentlichen Plätzen zeigt. Einige Bezirke, das haben Sie in den Medien gelesen, müssen bereits auf private Sponsoren zurückgreifen, um Blumenbeete bepflanzen zu können, ganz zu schweigen vom Leeren der Abfallbehälter in den Parks.

Die Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag die Evaluierung der bezirklichen Grünflächenpflege angekündigt. Ich habe diesbezüglich eine schriftliche Anfrage gestellt, und ich freue mich, dass etwas in Bewegung kommt, dass Sie, Herr Staatssekretär, angekündigt haben, dass die Evaluierung Ende des nächsten Jahres abgeschlossen sein wird. Ich frage mich, wer diese Evaluierung machen wird. Wenn Sie mir diese Frage beantworten könnten. Ich habe weitere Fragen: Wer wurde bisher an dieser Evaluierung beteiligt, und wo kann man die ersten Ergebnisse einsehen?

Die zweite Frage ist: Sind Sie als Koalition bereit, im nächsten Doppelhaushalt zusätzliche Mittel für die Grünflächenpflege einzustellen, oder sind Sie noch immer der Auffassung, die vorhandenen Mittel seien ausreichend und müssten nur sachgerecht ausgegeben werden?

Dritte Frage: Wird es bei der Evaluation auch um neue Standards für eine naturnahe Grünflächenpflege gehen, oder soll die bisherige Kahlschlagpolitik fortgesetzt werden mit negativen Folgen nicht nur für die Bienen?

Vierte Frage: Soll die BSR in Zukunft die Pflege der Grünflächen übernehmen, wie es in einigen Zeitungen zu lesen war, und wenn ja, mit welchen Standards?

Die fünfte und letzte Frage wäre: Wie steht es um die Baumpflege? Herr Kirchner hat das kurz angesprochen. Auch die nach dem Krieg gepflanzten Bäume kommen in die Jahre und benötigen mehr Pflege. Wie sollen die Bezirke den zusätzlichen Pflegeaufwand für ältere und jüngere Bäume leisten? – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank für die vielen schon vorweggeschickten Informationen! Es ist notwendig, dass wir zu einer anderen Art und Weise des Umgangs mit den Grünflächen und der Pflege insgesamt kommen.

Mich bewegen noch ein paar zusätzliche Fragen. Seit 2009 sind ja die Abfallbewirtschaftungskosten in das Produkt öffentliche Grünanlagen eingeflossen. Vielleicht können Sie erörtern, was damals dazu geführt hat, das so zu handhaben, wenn wir doch heute feststellen, dass gerade viele Gärtnerstützpunkte oder überhaupt Grünflächenämter über einen immens erhöhten Aufwand für die Müllbeseitigung sprechen. Ich habe Informationen, dass von fünf Tagen in der Woche zwei, nämlich der Montag und der Freitag, überwiegend zur Müllbeseitigung in den Grünanlagen genutzt werden müssen. Was hat damals dazu geführt, von der Trennung der Leistungen zur Grünflächenpflege und Abfallbewirtschaftung abzugehen?

Die nächste Frage bezieht sich noch einmal auf die Arbeitsgruppe. Sie haben jetzt gesagt, dass Sie diese Evaluierung bis Ende nächsten Jahres durchführen wollen. Das ist ein sehr langer Zeitraum und würde uns eigentlich auch nicht mehr ermöglichen, in der kommenden Haushaltssituation da ernsthaft mit den vorhandenen dann erarbeiteten Informationen umgehen zu können. Das, denke ich, ist vielleicht eine Sache, die wir mit Zwischenergebnissen vielleicht dann doch unterfüttert trotzdem begleiten können, auch als Haushaltsgesetzgeber. Deshalb würde ich daran interessiert sein und frage deswegen hier gleichzeitig, ob Sie in dem Arbeitsplan Zwischenschritte und Ergebnisse uns schon liefern können, ob das möglich ist.

Die letzte Frage. Wenn es so ist, dass immer mehr Nutzer diese Anlagen übernutzen, also über Übernutzung von Grünflächen haben wir hier schon mehrfach gesprochen: Inwieweit ist denn angedacht, das bürgerschaftliche Engagement in dem Bereich auszubauen? Mir ist bekannt, dass es schon einige Initiativen gibt, die von sich aus Verträge mit den Bezirksämtern abgeschlossen haben und Flächen pflegen. Aber inwieweit ist das auch aus der Sicht der Senatsverwaltung denkbar, da mehr zu tun und zu öffentlichen Parkanlagen, Pflegekonzepten auch das bürgerschaftliche Engagement heranzuziehen?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Frau Platta! – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Herr Kirchner, ich bin Ihnen sehr dankbar. Sie haben nämlich diesen Begriff auch geprägt: Rückeroberung des öffentlichen Raumes. Und ich finde, das ist ein sehr guter Aufhänger für die ganze Diskussion. Es ist etwas, wo tatsächlich jede und jeder, der eben keinen eigenen Garten hat, öffentliche Grünflächen erleben kann. Das ist auch ein Teil von Gemeinschaft in dieser Stadt. Das ist sehr wichtig, und wir haben auch erlebt, dass das, was teilweise von einigen Bezirken forciert wird, das Outsourcing beim Personal, dass man massiv abgebaut hat, dann natürlich durch externe Mitarbeiter ausgeglichen werden muss, die nur auf den ersten Blick billiger und preiswerter arbeiten, weil man nämlich merkt, dass – ich sage es jetzt mal ganz einfach – der Baumschnitt eben auch eine Tätigkeit ist, die man können muss, sonst kann man den Baum innerhalb von zwei Jahren auch ruinieren, wenn man das falsch macht. Und das zeigt sich auch in der Praxis. Die Privaten nutzen die Ausschreibungen über die Zeit auch, um natürlich dann auch die Preise zu erhöhen, das ist auch irgendwie nachvollziehbar. Und Sie hatten es angesprochen, ein wichtiger sozialpolitischer Aspekt ist, dass eben Schwerbehinderte dort auch vermehrt durch die Bezirke bisher eingesetzt wurden.

Noch mal ein, zwei Fragen: Fangen wir mit dem Staatssekretär an. Gibt es denn eine Übersicht für die Bezirke, wie viel des Geldes, was wir als Haushaltsgesetzgeber – das ist mehrfach angesprochen worden – den Bezirken für die Grünflächenpflege zuweisen, dann auch tatsächlich dafür verwandt wird? Vielleicht können wir das mal wissen, weil wir ja heute auch ein Wortprotokoll erstellen, oder vielleicht kann man das auch für das Protokoll nachreichen, dass wir das mal kurz gesagt bekommen. Diese Werte sind bei den Bezirken nach meiner Kenntnis sehr unterschiedlich.

Auch Herr Kirchner, an Sie: Wie viel kommt denn von dem, was Sie eigentlich nach der Zuweisung des Abgeordnetenhauses hätten, im Bezirk tatsächlich von 1,9 Millionen Euro an? Aber da fehlen, glaube ich, noch die Personalkosten, denn Sie haben gesagt, 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das muss auch ein Millionenwert sein, den haben Sie jetzt nicht erwähnt. Nun zu dem, was Sie angesprochen haben, nämlich diese Zweckbindung

aufzurufen: Ich glaube, dass wir verstärkt darüber nachdenken müssen, das zu tun, vielleicht zumindest einen gewissen bzw. überwiegenden Anteil der Mittel, die das Abgeordnetenhaus für die Grünflächenpflege mit allem, was dazu gehört, zur Verfügung stellt, auch mit einer Zweckbindung zu versehen. Dann aber verbunden mit einer Reform der Kosten- und Leistungsrechnung, da bin ich bei Ihnen. Das muss dann eben passen. Deswegen ist auch meine Hoffnung und deswegen auch noch mal das Lob an die Senatsverwaltung, Herr Staatssekretär, dass Sie diese AG so schnell wie möglich zu einem echten Ergebnis führen, dass wir nämlich generell über einen neuen Verteilungsschlüssel reden können und auch über die Fragen: Sollen Straßenreinigungsgebühren tatsächlich den einzelnen Bezirken zugeordnet werden? Wie können wir die Kosten- und Leistungsrechnung reformieren, um dann mit einer Zweckbindung bei den Mitteln auch mehr und bessere Grünpflege in den Bezirken zu erreichen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke sehr, Herr Buchholz! – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Ich bin auch sehr dankbar, Herr Kirchner, dass Sie das klar und deutlich angesprochen haben, so, wie wir uns das auch in der Kürze der Zeit gewünscht haben. Es war aber notwendig, das mal so klar auszudrücken. Wenn ich dann die Zahlen sehe, die für Pankow hier in der KLR angesetzt sind, und die, die Sie dann benennen, dann schockiert mich das insofern, weil ich weiß, dass 99,9 Prozent sowieso nicht verstehen, wo da der Knackpunkt ist bzw. warum da so ein großer Unterschied ist zwischen dem, was hier schwarz auf weiß steht, und dem, was Sie tatsächlich zur Verfügung gestellt bekommen bzw. ausgeben können. Das ist schwer nachvollziehbar. Deswegen muss es dafür eine Lösung geben. Einfach, um auch eine bessere Transparenz der politischen Arbeit zu bekommen.

Ich höre raus, kurzfristig wird wenig möglich sein. Die Evaluierung soll erst Ende 2015 abgeschlossen werden, wobei auch angekündigt war, dass man schon Ende 2014 Zwischenergebnisse ziehen kann. Ich würde darauf drängen und – glaube ich – auch im Namen der Kollegen darum bitten, dass man das ernst nimmt, dass man uns bereits Ende 2014 über den ersten Sachstand informiert, weil es tatsächlich dann in den nächsten Haushaltsberatungen darum geht, welche Verantwortung tragen wir gemeinsam, bzw. welche Schritte sind überhaupt notwendig. Und mit gar keinen Ergebnissen so etwas zu planen, hätte möglicherweise Auswirkungen auf die nächsten zwei, drei oder vier Jahre, und das wünschen wir niemandem in dieser Stadt, weil es nun mal ein echtes und wirkliches Problem ist.

Ganz kurz noch zum Straßenbegleitgrün: In Hohenschönhausen bzw. Lichtenberg haben wir den Klassiker, da wurde die Architektur so angelegt, dass zwischen Parkplatz und Fußweg immer so ca. 50 cm bis 1 Meter Platz sind. Das sind Biotope. Problem ist, da hat nicht jeder Lust drauf, der da parkt, und ich kann das auch nachvollziehen, da wachsen schon Pflanzen, die kannte ich gar nicht. Meine Bitte wäre eben, dass man das explizit auch mit aufnimmt und gemeinsam bespricht, dass dieses Straßenbegleitgrün nicht als klassisch empfunden wird, sondern das man dieses Thema stärker einbezieht. Ich finde, Frau Platta hat etwas Gutes angesprochen, wir sind ja zusammen im Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement. Ich selber habe in Hohenschönhausen die Erfahrung gemacht, dass es so eine Art private Kooperation gibt. Da sind dann Anwohner, die sich zusammentun, die bekommen dann ein bisschen fachliche Anleitung, vielleicht auch eine konkrete Unterstützung, und der Bioabfall wird so-

gar abgeholt. Hier die Frage: Gibt es da aus Pankow ähnliche Beispiele? Ist das etwas, was angedacht ist, dass man das noch ausbaut und befördert? Oder sagen Sie, lassen wir das mal lieber sein, die Grünflächenpflege sollte weiter in unserer Hand liegen? – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Vogel!

Katrin Vogel (CDU): Vielen Dank! – Ich wollte jetzt eigentlich noch mal nachfragen nach dieser Evaluierung. Das ist so ein Thema, das mich wirklich bewegt, weil es doch recht lange gedauert hat, bis es jetzt eigentlich losgeht. Die Zielvorgabe ist auch noch recht weit hin, wie ich finde. Ich stimme erst mal meinen Vorrednern zu, dass ich mir hier auch wünschen würde, dass Zwischenergebnisse veröffentlicht werden, dass da auch die Allgemeinheit einen Blick darauf werfen kann und nicht nur die Abgeordneten. Das Thema Grünflächen interessiert auch die Bevölkerung sehr stark. Jetzt noch mal ganz konkret dazu: Wie sieht diese Evaluierung eigentlich aus? Wie erfolgt die? Gibt es da jetzt einen Fragenkatalog? Gibt es jetzt bestimmte Themenbereiche, die angeschnitten werden? Gibt es jetzt in jedem Bezirk konkrete Ansprechpartner, die diese Fragenkataloge – oder was auch immer das ist – abarbeiten? Für mich ist es noch so ein bisschen schwer greifbar, was da jetzt eigentlich passiert. Unter wessen Federführung im Senat läuft das? Gibt es da jetzt einen konkreten Ansprechpartner, der jetzt komplett dafür zuständig ist? Das hätte ich gerne mal ein bisschen untersetzter.

Die zweite Sache ist: Wie würden Sie denn dazu stehen, dass man dieses Straßennebenland zum Beispiel jetzt doch in die Verantwortung z. B. der BSR oder Ähnlichem abgibt? Die BSR ist dafür zuständig, die Straße zu reinigen. Eigentlich ist es den Leuten von der BSR untersagt, z. B. die Baumscheiben mitzupflegen, auch wenn die genauso vermüllt sind. Wäre es nicht möglich, dass man zum Beispiel sagt, dieser Bereich wird jetzt outgesourct und an die BSR übergeben? Ich glaube, die Grünflächenämter in den Bezirken würden sich da nicht weigern. Für die BSR wäre es eigentlich eine machbare Sache, denn die sind dann eh schon auf der Straße unterwegs und könnten das eigentlich mitmachen. Man muss mal Lösungen finden, die pragmatisch sind, die sich umsetzen lassen und die unser Stadtbild verbessern. – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Herr Magalski!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank – auch für die Ausführungen! Vielen Dank auch an Frau Kollegin Vogel! Sie hat gerade schon die richtigen Fragen gestellt, was die Evaluierung angeht. So muss ich diese Fragen nicht mehr stellen.

Es ist natürlich eklatant, wenn in einem Bezirk, der eine Großstadt von 370 000 Einwohnern darstellt, im Grünflächenamt die Mitarbeiterzahl quasi halbiert wird. Das kann eigentlich nur zulasten der Grünfläche gehen, aber auch eben zulasten der Verkehrssicherungspflicht. Und das ist – wie Herr Bezirksstadtrat gerade schon erwähnt hat – die zuvorderste Pflicht, gerade, was die Sicherheit auch angeht. Insofern freuen wir uns natürlich einerseits erst mal, dass jetzt diese Zusammenarbeit zustande kommt, dass wir jetzt ggf. dort auch im nächsten Jahr auf jeden Fall Ergebnisse sehen werden, die hoffentlich dazu führen, auch in anderen Bezirken. Mir ist noch nicht ganz klar geworden, ob diese Evaluation auch in allen Bezirken oder nur in Pankow stattfindet. Das habe ich hier zwischen den Zeilen nicht gelesen. Dazu vielleicht noch ein Wort zu nennen, wäre ganz gut.

Dann noch eine kurze Frage zu den Fremdvergaben: Wie groß ist denn das Volumen der Fremdvergaben an Dritte? Das wäre noch eine Frage, die mich interessieren würde, denn wir haben alle in den letzten Wochen und Monaten auch von Verdi noch einen Appell an die Hand bekommen, dass eben die Situation auch gerade bei der Vergabe an Dritte schwierig ist. Verdi fordert explizit eine Rekommunalisierung der Aufgaben und eben auch natürlich eine Stärkung der Berliner Bezirksstrukturen für eine bürgernahe Grünflächenentwicklung. Insofern habe ich da die Frage, wie hoch das Volumen ist und inwiefern es ermöglicht werden kann, dass die Aufgaben zurück in die Kommunen kommen.

Und zu guter Letzt noch schnell die Frage zum Mauerpark: Wie kann sich der Bezirk vorstellen, dass für den Mauerpark, der auch eine historisch landesweite Bedeutung hat, Aufgaben an die Landesebene weitergegeben werden können, dass der Bezirk ggf. an dieser Stelle entlastet wird, denn wir haben gerade gehört, dass ein Großteil der Kosten durch die Reinigung des Mauerparks entstehen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Die Herrschaften zur Beantwortung.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank auch noch mal für die vielen Anregungen, Hinweise und auch die Fragen. Wenn wir die jetzt nicht heute alle erschöpfend beantworten können, bitte ich um Verständnis, weil das Projekt jetzt auch im Anlaufen ist. Ich würde vorschlagen, dass wir Ihnen einfach die Projektvereinbarung zur Verfügung stellen, dann können Sie es auch noch mal schwarz auf weiß sehen, auch den Zielablauf, und dann kann es auch noch mal sozusagen konkrete Nachinformationen dazu geben.

Noch mal zum Rahmen, Frau Vogel, weil Sie explizit nachgefragt haben. Es geht jetzt hier nicht darum, die Bürger zu fragen, was sie jetzt am liebsten wo an Grünpflege haben wollen – jetzt mal etwas vereinfacht gesagt. Das kann dann anschließend passieren, wenn wir mal festgestellt haben, wie wir überhaupt die Grünpflege erstmal – wie Stadtrat Kirchner es gesagt hat – wieder vom Kopf ein bisschen auf die Füße stellen, dass wir überhaupt eine Grundlage haben, auf der dann die Bezirksämter und die Grünflächenämter die Wünsche der Bürger überhaupt umsetzen können. Wenn ich jetzt die Bürger nach ihren Wünschen frage, dann wird die Situation eher noch schwieriger als besser. Deshalb ist es im Moment eher eine interne Evaluation, die sagen soll: Wo liegen Schwächen und Mängel? Wo besteht Handlungsbedarf? Was gibt es an Lösungsmöglichkeiten? Hier wurden auch schon verschiedene Wege angesprochen. Welche Vor- und Nachteile haben die einzelnen Sachen? Und wie kommen wir zu einer klaren Entscheidungsalternative für bestimmte Bereiche, dass man sagen kann, man macht jetzt A, B oder C? Wie sagt man, das wäre die Optimalausstattung, minimal braucht man aber mindestens das? Herr Kirchner hat auch zurecht darauf hingewiesen, dass teilweise Bezirke gerade noch ihre Verkehrssicherungspflicht irgendwie hinbekommen, und es ist ja auch nicht Sinn der Sache, dass das ausschließlich die Arbeit der Grünflächenämter ist und durch die landesweiten Konzepte „Stadtgrün“ und ähnliches werden eigentlich auch andere Dinge gewünscht, aber die müssen eben dann auch umsetzbar sein. Deshalb geht es – glaube ich – tatsächlich darum, dass wir, angefangen von den Schwächen der KLR, die hier schon beschrieben wurde. Herr Buchholz! Frau Vogel hatte eine Anfrage gemacht, in deren Beantwortung ist auch eine Tabelle drin, in der ist das ganz gut dargestellt ist. Die können wir auch gerne noch mal liefern oder die Nummer noch mal nennen. Dann brauchen wir das nicht noch mal extra hier vortragen.

Haushaltsmittel bei Haushaltsberatungen im Landeshaushalt einstellen: Dazu muss ich Ihnen jetzt mal etwas sagen, worüber Sie sich wundern werden. Sie werden sagen: Wir sind doch der Haushaltsgesetzgeber –, aber eigentlich können Sie das gar nicht, weil das im System der Budgetierung bei den Bezirken drin ist. Das ist relativ schwer für Sie da direkt einzugreifen. Eigentlich müssten die Bezirke das machen, die haben aber wieder nur begrenzte Möglichkeiten, das anzumelden. Auch das ist ein Punkt, den wir bei der Evaluation aufgreifen wollen. Die Frage: Wie kommen da eigentlich die Beträge zustande, und wie kann man darauf Einfluss nehmen? Was muss am System geändert werden, um das auch möglich zu machen? Herr Altug hatte nach neuen Standards oder überhaupt Standards gefragt: Es gibt auch ein Teilprojekt „Pflegequalität“. Das war auch uns seitens der übergreifenden Grünenplanung ein Anliegen, dass man, weil die Bezirke es jetzt irgendwie jeder für sich lösen – teilweise mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen, was die Qualität angeht – sagt: Es muss gewisse Qualitätsstandards geben, die dann auch umgesetzt werden, sowohl bei Ausschreibungen als auch bei Eigenerbringung. Rekommunalisierung finde ich grundsätzlich sympathisch, aber es ist eine kommunale Aufgabe. Sie ist nicht an Dritte übertragen. Es ist allerdings die Frage, wie viel bringe ich mit eigenem Personal und dann eben auch in direkter eigener Regie, und wie viel gebe ich an Dritte raus mit teilweise auch relativ geringen Qualitätsanforderungen. Genau das ist der Punkt, wo wir – glaube ich – zu anderen Ergebnissen kommen wollen und wo ich auch am Anfang gesagt habe, ich glaube, es bedarf auch einer eigenen kritischen Masse von Personal, mit der ich auch selber dann als Grünflächenamt gestalten kann, wo ich mich nicht eben nur von Dritten und deren mehr oder weniger vorhandenen Qualität und Know-how abhängig machen.

In dem Projekt geht es jetzt vorrangig darum, dass Bezirke und Landesebene hier gemeinsam diese Sachen durcharbeiten. Das wird durch ein externes Büro begleitet und unterstützt. Es werden dann eben die entsprechenden Institutionen, zu denen Schnittstellen bestehen, einbezogen, und genau diese Schnittstellen sollen dann eben auch neu definiert werden. Das Beispiel, was hier schon mehrfach genannt worden ist, ist die BSR mit dem Straßenbegleitgrün. Das ist genau das Problem. Das, was Sie als Straßenbegleitgrün sehen, kann ganz Unterschiedliches sein, das kann öffentliches Straßenland sein, eine Grünfläche, eine sonstige Fläche oder ein Straßenbahnbereich– der Haltestellenbereich der Straßenbahn ist noch mal wieder ein extra Tatbestand. Genau das muss man jetzt auch eben mal so bringen, dass es nicht immer die einen zu den anderen schieben. Denn das Problem haben wir im Moment, dass auch beim Mittelstreifen, wo man denkt, das ist doch ganz klar eine Grünfläche, das Grünflächenamt sagt, nein, nach unseren Plänen ist das hier Straße, und die BSR sagt, das ist aber in unserem Budget nicht drin. Das ist übrigens noch ein Punkt: Die BSR kann natürlich auch Leistungen übernehmen. Die Frage ist nur, wer bezahlt sie dann. Wir das jetzt von den Anliegern über die Straßenreinigungsgebühr bezahlt? Das geht nur bei Straßenland. Dann wären wir nämlich an dem Punkt, wo ich vorhin war. Auch da kann man sich zum einen angucken, wie widmet man bestimmte Bereiche. Ich finde, es ist kein Tabu, wenn man sagt, das ist eigentlich Straßenland, aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen ist es nur nicht so gewidmet. Dann macht man das halt, und dann ist es auch klar, wer dafür zuständig ist. Wichtig ist aber, dass man eindeutig sagt, es kümmert sich jemand darum, und nicht wie bisher, dass die Bürger den Eindruck haben, im Zweifel macht gar keiner etwas, um nichts falsch zu machen oder keinen Aufwand zu betreiben, den er nicht bezahlt bekommt. Das war auch unser Anliegen. Senatsverwaltungsintern haben wir so ein Projekt „Schöne Stadt“, wo das auch ein Thema war, gerade die Frage Abfallbeseitigung und Nebenflächenpflege – sage ich jetzt mal so –,

dass genau das auch ein Anlass war, dieses Projekt hier auch noch mal in Gang zu setzen. Das mit den Schnittstellen zwischen der BSR und den Grünflächenämtern läuft aber parallel jetzt schon. Da ist demnächst noch mal eine Abstimmungsrunde, um möglichst schnell zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Zur BSR-Übernahme der Grünpflege: Unser Anliegen war eigentlich, dass sich das Bezirksamt und die BSR darüber unterhalten, ob die BSR nicht einen größeren Teil der Abfallsorgung in den Grünflächen übernehmen kann, weil es einfach bei der BSR dafür das Fachpersonal gibt und die Mitarbeiter der Grünflächenämter eigentlich keine Müllbeseitigungsfachleute sind. Es gibt da das Problem, das muss man schon an der Stelle kurz erläutern, dass natürlich die Grünflächenmitarbeiter, die jetzt die Müllbeseitigung machen, dabei auch Grünflächenpflege betreiben, da der Müll ja leider auch nicht immer nur direkt frei zugänglich irgendwo liegt, sondern gelegentlich auch in den Sträuchern oder noch tiefer in irgendwelchen Grünanlagen bzw. Bepflanzungen enthalten ist und da stellt sich natürlich wieder die Frage, wenn jetzt die BSR anfängt, da rumzulaufen und den Müll zu beseitigen, ob das nicht den Anforderungen der Grünpflege entspricht. Also Sie sehen nur an dem kleinen Beispiel, es ist auch nicht ganz so einfach zu sagen, BSR, jetzt mach mal, hol den Müll da raus, – und die Grünflächenämter kümmern sich dann um den Baum- und Strauchschnitt, aber eventuell ist der Strauchschnitt dann schon vorbei, wenn die BSR da erst mal durch die Sträucher marschiert ist – um es mal ganz platt auszudrücken. Genau da ist dann der Punkt, wo man sich auch gemeinsam darüber unterhalten muss: Wie grenzt man das ab, wer macht was und wo genau sind diese Schnittstellen? Das ist auch ein Teil dessen, was parallel dazu zwischen BSR und Grünflächenämtern auch besprochen werden soll. Dass es tatsächlich im Rahmen der Diskussion auch mal offensichtlich Anregungen gab, warum die BSR nicht die gesamte landesweite Grünpflege übernimmt, ist richtig, das ist aber bisher weder von den Bezirken noch von uns als zuständiger Senatsverwaltung noch von der BSR als ernsthafte Lösung ins Auge gefasst worden.

Zu den Haushaltsberatungen wollen wir tatsächlich auch erste Ergebnisse vorlegen, die dann auch in die Haushaltsberatungen einfließen können. Also spätestens, wenn hier im Parlament im Herbst nächsten Jahres der Haushalt aufgerufen wird, sollen dann auch Sachen vorliegen, die da konkret einfließen können. Wir müssen sehen, ob wir vorher schon etwas einbringen können. Anfang nächsten Jahres – denke ich – können wir Ihnen auch Zwischenergebnisse liefern. Wir sind ein kleines bisschen im Verzug mit dem Start des Projektes, aber es geht jetzt los. Wir werden uns auch ranhalten, dass wir da möglichst viel dann machen können. Insofern glaube ich, werden wir das spätestens im Januar auch noch mal thematisieren können, und ich würde an der Stelle dann für heute auch erst mal, auch wenn ich sicherlich nicht alle Fragen habe beantworten können, einen Strich ziehen. Herr Kirchner kann ergänzen, was ihm noch aufgefallen ist. Alles Weitere – wie gesagt – dann gerne bei nächster Gelegenheit.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Sie haben das Wort, Herr Kirchner!

Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner (Bezirksamt Pankow, Abteilung Stadtentwicklung): Ich fange mal bei dem Straßenbegleitgrün an. Das war früher noch komplizierter. Da gab es ein Straßenamt und ein Grünflächenamt. Die hatten teilweise aneinanderliegende Flächen und zwei Regiegruppen haben parallel eine Fläche gepflegt. Das ist jetzt durch die einheitliche Ämterstruktur schon ein bisschen einfacher geworden. Das muss man an der Stelle schon aus

der Praxissicht sagen. Es gibt jetzt eine Verantwortung, und trotz aller verwaltungsinternen Nicklichkeiten ist man jetzt dazu übergegangen, dass alle Flächen gleichzeitig gepflegt werden. Es gab dann auch tatsächlich diese leicht idiotische und schwer vermittelbare Situation, dass es eine Grünfläche gab, zwei Zuständigkeiten, eine war gepflegt, die andere nicht. Das konnte man nicht vermitteln. Insofern ist es richtig, das mit dem Straßenbegleitgrün, Herr Staatssekretär hat gesagt, neu zu ordnen. Da muss man gucken und gut überlegen.

Zur BSR und zur Müllentsorgung noch mal: Das Problem ist nicht die Müllentsorgung, sondern das Müll einsammeln. Das ist der Riesenaufwand. Wenn Sie Glasscherben haben, wenn Sie Kronkorken haben, und das ist jetzt die ganz tiefe Praxis aus der Berliner Wirklichkeit, wenn Sie da Windeln haben und was da so alles im Laufe eines Wochenendes dann auch so in den Parks liegen bleibt, dann ist das der tatsächliche Personalaufwand, und der ist teuer. Und das müsste, selbst wenn die BSR das macht, natürlich auch irgendwoher bezahlt werden – da darf man sich auch nicht in die Tasche lügen –, ob das jetzt der Landeshaushalt ist, der das dann über die BSR-Verträge bezahlt oder die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter usw. Das ist aber der eigentliche Aufwand. Die Entsorgung ist dann das Zweite. An der Stelle muss ich nur noch mal daran erinnern, dass zumindest im Mauerpark die Glasscherben das zentrale Problem sind. Das ist von der Menge und auch von den Entsorgungskosten überhaupt nicht das Ding, aber diese Sachen aus dem Rasen zu polken, aus dem Spielplatz, aus den Sandflächen zu polken, das Harken usw., das ist dann der tatsächliche Aufwand.

Bürgerschaftliches Engagement ist gut, ist gewollt – das war hier eine Frage. Es hat auch zumindest in der Stadt viele Formen. Die braucht es auch, weil jeder Platz, jede Baumscheibe, jeder Park, jede Kleinstfläche anders ist. Das hat aber auch seine Grenzen. Bürgerschaftliches Engagement hat ihre Grenzen, wenn es um Verkehrssicherungspflicht geht, denn spätestens da dürfen wir uns auch nicht verleiten lassen, so charmant es ja manchmal ist, liebe Bürger, wir machen einen Vertrag, pflegt mal den Park oder die Grünanlage, spätestens, wenn da etwas passiert, ist die Verkehrssicherungspflicht wiederum bei der Behörde. Das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen. Spätestens da hat es seine Grenzen. Andersrum ist es aber auch eine willkommene Unterstützung. Wir haben in der Stadt viele gute Beispiele, wo mit geringem Aufwand der Behörde und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern noch ein größtmöglicher Effekt zu erzielen ist.

Wofür aber? Da wird in der Tat im Moment viel diskutiert. Ich habe genauso viele Beschwerden übrigens, dass der Rasen geschnitten wird. Und Pflegenotstand im Grünflächenbereich kann man schön umschreiben: Wir belassen es naturnah. Aber genau darum geht es in der Tat auch in den Szenen, in den Milieus, in den Communitys, wo es eine Debatte gibt: Was bedeutet denn eigentlich Pflege? Was bedeutet denn Biodiversität? Was bedeutet denn Vielfalt usw. auf den Grünflächen? Und das ist zum Beispiel ein Punkt, worauf auch die KLR oder bisherige Pflege-Überlegungen überhaupt noch nicht reagieren. Können Sie auch nicht, weil sie ja nach wie vor das Bild im Kopf haben, der gepflegte Rasen, die Parkanlage und die Blumenrabatte. Möglicherweise sind aber Grünflächenstandard, Grünflächenansprüche mittlerweile auch anders. Da müssen wir reagieren.

Zur professionellen Pflege kann ich bloß deutlich sagen, es ist so wie auch der Herr Staatssekretär sagt, es braucht einen Rumpf in den Bezirken. Da muss auch die Fachlichkeit versammelt sein. Nicht jede Firma hält, was sie verspricht. Wir haben durchaus mitunter starke Qua-

litätsschwankungen. Da finde ich schon, dass wir in der Pflicht sind, auch gerade, was die Verkehrssicherungspflicht betrifft, dann mit unseren Leuten auch Verkehrssicherheit vorzuhalten.

Zur Baumpflege sei mal ganz kurz gesagt, das ist so wie in der Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft altert, ist der Pflegeaufwand größer. So ist es mit den Bäumen. Das wird quasi überhaupt nicht abgebildet. Ein alter Baum braucht mehr Pflege. Wenn sie aber davon gleich 5 000 ältere Bäume haben, brauchen sie entsprechend mehr Pflege, und das merken wir erst mal nur gefühlt. Da gibt es noch keine Zahlen. Darüber gibt es noch keine vergleichende Forschung. Wir merken bloß, dass wir die Kontrollintervalle verkürzen müssen. Sie dürfen auch nicht so einfach einen Baum in Berlin fällen. Da haben sie gleich Ärger. Sie müssen die Pflegeschritte oder die Pflegemaßnahmen intensivieren, was sich dann auf der Kostenseite deutlich auswirkt, übrigens zugunsten von der Grünen in dieser Stadt, deswegen muss man an der Stelle vielleicht noch mal erinnern, dass wir mit einer zunehmend alternden Baumsubstanz auch einen erheblich größeren Pflegeaufwand haben.

Zum Mauerpark kann ich nur ganz kurz sagen: Solche Ideen sind immer alle schick, aber es wird halt alleine nicht kommen. Ich glaube, wir sind da auf uns selbst gestellt. Mit Unterstützung der Senatsverwaltung verhandeln wir gerade mit dem Bezirk Mitte, denn wenn dann die dankenswerterweise auch kommende Erweiterung des Mauerparks in wenigen Jahren vollendet ist, haben wir eine ganz besondere Situation. Ein Park – zwei Bezirke. Man ahnt schon, was das bedeutet. Das wird nicht der Zustand sein, der dann dauerhaft trägt, sondern wir arbeiten mit dem Bezirk Mitte daran, mit einer Verwaltungsvereinbarung eine Zuständigkeit herzustellen. Im Moment zumindest sieht es aus, als ob der Bezirk Pankow die Herausforderung annimmt, auch künftig für den Mauerpark verantwortlich zu sein. Gleichwohl gibt es noch das andere Modell. Da muss man nicht drumherum reden. Im Raum steht, dass das die Grün Berlin machen, aber dann im Auftrag des Bezirkes, und da ist verabredet – da sind wir aber auch dran, wir haben noch ein bisschen Zeit, deswegen muss man da jetzt nicht in Hektik verfallen –, dass seitens der Senatsverwaltung noch mal genau geguckt wird, was denn eigentlich der Mauerpark bei dieser Nutzung und bei der zu erwartenden Nutzung an Aufwand bedarf, damit er erhalten wird und damit es nicht irgendwann eine völlig brache Fläche wird. Dann geht es um Geld, und dann müssen wir verhandeln. Das funktioniert aber im Moment ausgesprochen ruhig, unaufgeregt und dadurch, glaube ich, auch erfolgversprechend.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Dann erst mal vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Fragen. – Ich glaube, dass ich dann diesen Tagesordnungspunkt abschließen darf. Ich würde Sie bitten, uns über das Ausschussbüro die zugesagten Unterlagen am besten gleich elektronisch zuzuleiten, damit wir die auch entsprechend weiterleiten können.

Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Über 25 Mio. Plastiktüten jährlich in Berlin –
Strategien zur Vermeidung der Tütenflut**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0207](#)
StadtUm

Dann darf ich recht herzlich mit leichter Verspätung unsere Anzuhörenden begrüßen. Ich hatte schon gesagt, dass der RBB Aufnahmen dieser Sitzung durchführen wird. Es ist fernerhin üblich, dass wir ein Wortprotokoll von derartigen Anhörungen fertigen. Ich gehe mal davon aus, dass das auch heute der Fall ist. Insofern begrüße ich jetzt als Anzuhörende Frau Freudenthal, das ist die stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Naturschutz, Herrn Fischer, das ist der Leiter der Kreislaufwirtschaft im Deutschen Umwelthilfe e. V., noch mal Herrn Fischer, er ist vom Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V., und Herrn Thürmer und Frau Nimke-Sliwinski, Marketingleiterin bzw. Leiter des Vorstandsbüros der Berliner Stadtreinigungsbetriebe. Herzlich Willkommen im Ausschuss! – Sie haben von verschiedenen Anzuhörenden vorher schriftliche Ausführungen bekommen. Es gibt ferner auch ein Rechtsgutachten hinsichtlich der Möglichkeit, Sonderabgaben oder Abgaben auf – ich sage jetzt mal – Fast-food-Müll zu erheben, das Ihnen auch vorliegt. Wir würden jetzt normalerweise eine Begründung der entsprechenden Fraktionen durchführen. Wir haben sie alle beantragt. Wollen wir dieses so tun, oder können wir gleich in die Anhörung übergehen? – Herr Magalski, Sie hatten sich gemeldet.

Philipp Magalski (PIRATEN): Gut! Dann legen wir einfach los und sagen, schön, dass wir jetzt alle zusammen sind.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Schön, dann darf ich mich bei Ihnen für Ihr Verständnis bedanken! – Wir beginnen mit der Stiftung Naturschutz Berlin, weil sie diejenige war, die diese Veranstaltung durchgeführt hat. – Bitte, Frau Freudenthal, Sie haben das Wort!

Sylke Freudenthal (Stiftung Naturschutz Berlin): Vielen Dank für die Gelegenheit, in diesem Ausschuss sprechen zu dürfen! Meine Rolle in dieser Runde ist, ein bisschen ein Stimmungsbild zu vermitteln, was wir rund um diese Veranstaltung erleben konnten. – Eingangs zur Dramatik des Themas nur eine kurze Anmerkung: Wenn wir den Tagesverbrauch, den wir im Zuge dieser Veranstaltung ermittelt haben, von 710 000 Tüten auf 365 Tage pro Jahr hochrechnen, dann ergibt sich – anders als in der Ankündigung zur heutigen Veranstaltung – nicht ein Verbrauch von 25 Millionen Tüten pro Jahr in Berlin, sondern von 250 Millionen Tüten und sogar noch weit darüber.

Zusammenfassend unser Eindruck von dem, was wir rund um „Berlin tüt was!“ erlebt haben: Die Berlinerinnen und Berliner sind an diesem Thema sehr interessiert, bereit für eine Veränderung und dankbar für die Öffentlichkeit, die dieses Anliegen in den vergangenen Wochen erhalten hat. Worauf begründet sich dieser Eindruck? – Ich möchte auf drei Punkte ein bisschen näher eingehen, und zwar auf das Engagement der Bürger rund um diese Aktionen, die Mobilisierung des Einzelhandels und der Politiker und schließlich auf die große Resonanz der Medien, die wir auch heute noch mal erleben.

Es sind viele Bürger mobilisiert worden. Im Rahmen der Kampagne „Berlin tut was!“, die wir Anfang Juli anlässlich des weltweiten Plastic Bag Free Days gestartet haben, kamen in den 70 Berliner Sammelstellen in kurzer Zeit rund 50 000 gebrauchte Plastiktüten zusammen. Wenn wir davon ausgehen, dass jeweils ein Bürger zehn Tüten gebracht hat, dann sind bei dieser Sammelaktion 5 000 Menschen mobilisiert worden. Der Netzwerkpartner Deutsche Umwelthilfe hat parallel zu dieser Aktion mit eigener Lobbyarbeit und öffentlichen Aktionen, unterstützt durch den Förderfonds Trennstadt, ebenfalls eine große Aufmerksamkeit für dieses Thema erzielt. Insbesondere die öffentlichen Tauschaktionen von Plastiktüten gegen Stoffbeutel haben unter den Berlinerinnen und Berlinern einen riesigen Anklang gefunden.

Schließlich das Umweltfest selbst: Der Höhepunkt der Kampagne „Berlin tüt was!“ auf dem Tempelhofer Feld war mit einem Weltrekord ein Zeichen dafür, wie wichtig den Berlinerinnen und Berlinern dieses Anliegen ist. Trotz der enormen Dichte an Veranstaltungen, die an diesem Wochenende in der Stadt liefen, und ungeachtet des regnerischen Wetters, kamen rund 3 000 Menschen aller Generationen zusammen, um mit uns gemeinsam ein sichtbares Zeichen gegen die Plastiktütenflut zu setzen.

Der Einzelhandel: Wir haben das so wahrgenommen, dass es auch im Einzelhandel ein recht großes Interesse an diesem Thema gab. Beispielsweise gehörte die Biomarktkette Denn's mit ihren 21 Berliner Filialen zu den besonders engagierten Unterstützern der Aktionen. Darüber hinaus gab es noch andere Akteure in diesem Bereich, so zum Beispiel das Engagement der Türkischen Gemeinde. Ebenfalls mit der Unterstützung des Förderfonds Trennstadt hat sie es geschafft, im Vorfeld der Aktionen rund 30 türkische Supermärkte in der Stadt zu motivieren, Plastiktüten abzuschaffen und stattdessen wiederverwertbare Stoffbeutel und Netze an ihre

Kunden zu verteilen – ebenfalls ein wichtiger Beitrag. Auch andere Einzelhandelsunternehmen, die nicht zu den aktiven Partnern dieser Aktionen gehörten, signalisieren inzwischen erste Schritte zu Veränderungen. Beispielsweise haben in den letzten Tagen mehrere DM-Märkte in Berlin angekündigt, ab dem 1. Oktober, also ab heute, keine Plastiktüten mehr anzubieten. Denn's Biomärkte haben bereits die Ausgabe von Plastiktüten beendet. Wir sind der Meinung, dass damit ein Trend in dieser Stadt in Gang gesetzt worden ist.

Schließlich haben wir uns darüber gefreut, dass auch viele Politikerinnen und Politiker zu diesem Thema mobilisiert werden konnten. Von den 70 Sammelstellen der Aktion „Berlin tüt was!“ waren 15 Bürgerbüros von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses der Stadt. Die Begeisterung und das herausragende persönliche Engagement der Abgeordneten aller Fraktionen für diese Aktion in ihren Wahlkreisen zeigen uns, dass dieses Thema auch in der Politik sichtbar angekommen ist. Die vielen positiven Rückmeldungen, die die Abgeordneten während der Kampagne im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema erhielten, werden sie sicherlich darin bestärken, einen wirksamen Schritt gegen die Plastiktütenflut in Berlin zu veranlassen.

Schließlich konnten wir uns über die große Resonanz in den Medien freuen. Als Signal dafür, dass das Thema Vermeidung von Plastiktüten in der Gesellschaft angekommen ist, können wir dieses große Interesse auf jeden Fall deuten. Print- und Funkmedien haben uns von Anfang an intensiv begleitet, und geradezu überwältigend war dann das Medienecho am Tag des Weltrekords – trotz der vielen anderen wichtigen lokalen Themen in der Stadt. Selbst bundesweite Medien waren in großer Zahl präsent. Das i-Tüpfelchen des Medienerfolgs war ein eineinhalbminütiger Beitrag in den „heute“-Nachrichten, und sehr erfreulich ist heute auch das Interesse des RBB.

Ein weitreichender politischer Schritt zur Vermeidung von Plastiktüten in Berlin würde unter den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, aber auch im Einzelhandel und in den Medien auf jeden Fall auf eine positive Resonanz stoßen. Das wäre ein wichtiges Signal, das über die Hauptstadt hinaus ginge und ein Impuls für Veränderungen in ganz Deutschland sein könnte.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, für Ihren Beitrag? – Als Nächster hat Herr Fischer von der Deutschen Umwelthilfe das Wort. – Bitte sehr!

Thomas Fischer (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Danke, für die Einladung! – Ich möchte das Thema Plastiktüten gern mit ein paar Fakten unterfüttern, denn wir brauchen schon eine Begründung und sollten uns darüber unterhalten: Was hat Berlin überhaupt mit Plastiktüten zu tun? Warum fand eine solche Veranstaltung in Berlin statt? Warum sollen wir ausgerechnet in Berlin etwas gegen Plastiktüten tun? – Es ist so, dass in Deutschland laut der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung im Durchschnitt 76 Plastiktüten pro Kopf und Jahr verbraucht werden. Was bedeutet das für Berlin? Für Berlin bedeutet das, dass es in Deutschland ein Plastiktütenhotspot ist. Ich versuche, das in Zahlen zu fassen: In Berlin werden die meisten Plastiktüten in Deutschland verbraucht, nämlich 259 Millionen Stück pro Jahr. Das ist eine sehr konservative Schätzung, vor dem Hintergrund, dass in Berlin überdurchschnittlich viele Geschäfte vorhanden sind und wir jährlich viele Millionen Touristen zu Gast haben, die in dieser Statistik nicht berücksichtigt worden sind. Der eigentliche Plastiktütenverbrauch dürfte also noch deutlich höher sein als 259 Millionen Stück pro Jahr. Das sind 710 000 Stück täglich und 30 000 Stück pro Stunde, die in Berlin verbraucht werden. Bei einem konservativen

Durchschnittsgewicht von 20 Gramm pro Plastiktüte bedeutet das jährlich 1,5 Kilogramm Verpackungsmüll pro Berlinerin und Berliner. Rechnet man das zusammen, dann kommt man in Berlin pro Jahr auf mehr als 5 200 Tonnen Verpackungsmüll – nur durch Plastiktüte! Würde man den Vergleich ziehen und die jährlich in Berlin verbrauchten Plastiktüten aneinander legen, dann würden sie eine Kette bilden, die man zweimal am Äquator um die Erde legen könnte – nur verbrauchte Plastiktüten in Berlin. Das sind Beispiele, die veranschaulichen, wie massiv tatsächlich der Plastiktütenverbrauch in der Bundeshauptstadt ist. Mit der Menge Rohöl, die zur Herstellung der jährlich verbrauchten Plastiktüten in Berlin benötigt wird, könnte man problemlos komplett die O₂ World füllen. – Das nur, um einmal zu veranschaulichen, über welche Mengen wir tatsächlich in Berlin reden.

Warum gibt es in Berlin so viele Plastiktüten? Warum werden so viele Plastiktüten ausgegeben? – Ein erheblicher Grund dafür ist, dass Plastiktüten nach wie vor in vielen Bereichen des Handels kostenlos herausgegeben werden. Sie können beliebig viele Handelsstrukturen rausgreifen: Textilhandel, Schuhhandel, Apotheken, Kaufhäuser, Buchhandel, Drogerien, Parfümerien, Bäckereien etc. Fast überall, wo Sie hingehen – bis auf den Lebensmitteleinzelhandel –, gibt es Plastiktüten umsonst. Diese kostenlose Herausgabe von Plastiktüten führt in der Regel zu einem unreflektierten und massenhaften Verbrauch, der sehr umweltschädlich ist. Es sollte sich keine Gesellschaft mehr leisten, mit Plastiktüten so ressourcenineffizient umzugehen, das Klima zu schädigen, unnötige Abfälle zu produzieren und – wenn diese im schlechtesten Fall in der Landschaft entsorgt werden – damit die Umwelt zu gefährden.

Drei Punkte sind wichtig, wie wir in Berlin dazu kommen könnten, den Plastiktütenverbrauch symbolhaft und mit einer bundesweiten Ausstrahlungswirkung in der Hauptstadt zu verringern. Das ist zum einen die Mobilisierung des Handels, Mehrwegtaschen anzubieten oder auf die kostenlose Herausgabe von Plastiktüten zu verzichten, Verbraucher durch Öffentlichkeitskampagnen zu sensibilisieren, wie es beispielsweise die Deutsche Umwelthilfe mit dem Projekt „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte!“ gemacht hat. Das sind notwendige Maßnahmen, aber sie sind nicht hinreichend, denn der Plastiktütenverbrauch hat sich in den letzten Jahren in Deutschland erhöht – er ist nicht gesunken –, nämlich von 65 Plastiktüten pro Kopf pro Jahr auf heute 76 in den letzten drei Jahren, weshalb wir Handlungsbedarf sehen.

Auf bundespolitischer Ebene ist die Umsetzung politischer Maßnahmen zur Reduzierung des Plastiktütenverbrauchs nicht zu erwarten. Aus Gesprächen mit dem Bundesumweltministerium haben wir entsprechende Rückmeldungen erhalten. Deshalb ist das Engagement der Bundesländer umso mehr gefragt, bei diesem Thema voranzugehen und ein politisches Signal an den Bund auszusenden. Da an keinem anderen Ort in Deutschland mehr Plastiktüten verbraucht werden als in Berlin, sollte die Hauptstadt mit gutem Beispiel vorangehen und Maßnahmen zur Tütenvermeidung umsetzen. Es ist ausdrücklich unsere Einschätzung, dass hierzu freiwillige Maßnahmen nicht geeignet sind, weil der Handel in den letzten zehn Jahren die Möglichkeit hatte, hier tätig zu werden, aber der Verbrauch konnte nicht signifikant gesenkt werden. Wir haben uns in Europa umgesehen, welche Maßnahmen es gegen Plastiktüten gibt. Unserer Einschätzung nach wäre die Einführung einer Abgabe auf Plastiktüten ein sehr erfolgversprechendes Instrument.

Wir haben eine rechtsgutachterliche Stellungnahme der Anwaltskanzlei Geulen & Klinger erstellen lassen, die Ihnen im Vorfeld dieser Sitzung zugegangen ist. Diese Studie kommt zu dem Schluss, dass nach der neueren Gesetzgebung, das heißt, mit Bezug auf das Kreislauf-

wirtschaftsgesetzt, ausdrücklich marktwirtschaftlich basierte Instrumente gefordert werden, um Abfälle zu vermeiden. Dieses Instrument ist durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz ausdrücklich gewünscht und erlaubt. Im Übrigen haben wir unser Gutachten allen Bundesländern zur Verfügung gestellt und bis heute keine gegenteilige Aussage oder Einschätzung auch nur eines einzigen Bundeslandes erhalten. Wir gehen also davon aus, dass die Erhebung einer Verbrauchssteuer auf Landesebene möglich ist und würden das zur signifikanten und dauerhaften Verringerung des Plastiktütenverbrauchs in Berlin empfehlen. Wir würden uns, was die Höhe angeht, an der in Irland erhobenen Plastiktütensteuer von 22 Cent pro Stück orientieren. Die Steuer hat in Irland zu einer Verringerung des Plastiktütenverbrauchs von pro Kopf jährlich 328 Plastiktüten auf heute nur noch 16 Plastiktüten geführt. Das ist eine Verringerung von 95 Prozent und zeigt letztlich auch, auf wie viele Plastiktüten tatsächlich verzichtet werden kann, wenn der Verbraucher etwas dafür bezahlen muss. Denn nur dann, wenn der Verbraucher etwas für eine Plastiktüte bezahlen muss, muss er sein Handeln reflektieren und sich fragen, ob er das wirklich braucht und bereit ist, dafür Geld auszugeben. Diese rechtsgutachterliche Stellungnahme und das Instrumentarium der Einführung einer Abgabe auf Landesebene würde ich Ihnen gern mit auf den Weg geben. – Ich bedanke mich, dass Sie zugehört haben!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, für Ihre Ausführungen! – Bitte, Herr Fischer, Sie haben das Wort!

Klaus Fischer (Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.): Ich bedanke mich recht herzlich für die Einladung, dass wir als Handelsverband für den Einzelhandelsverband heute kurz unsere Position darlegen dürfen! – Der Handel ist in Richtung Reduzierung des Abfalls engagiert, und dazu gehört auch das Thema Plastiktüten. Dennoch nehmen wir eine etwas andere Position dazu ein als meine beiden Vorredner. Die Plastiktüte wird heute immer häufiger als Symbol der Wegwerfmentalität betrachtet und erlangt im Rahmen der Umweltdiskussionen eine besondere Bedeutung und Aufmerksamkeit. Wir glauben jedoch, dass Deutschland und Berlin kein Problem mit Plastiktüten hat, wie es in anderen europäischen Staaten, beispielsweise im Norden oder Süden der Fall ist – geschweige in Asien oder anderen Ländern. Das tatsächliche Problem, das wir bei der Plastiktüte sehen, ist nicht die Menge des anfallenden Abfalls, sondern die nicht fachgerechte Entsorgung und das Recycling – das heißt, des Litterings –, bei der Plastiktüten unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Das ist das große Problem, über das auch die EU diskutiert, bei dem es zu einer starken Umweltgefährdung kommt.

Wenn man sich die Situation in Deutschland ansieht, dann haben Plastiktüten bei der gesamten Folienproduktion für Verpackungszwecke einen Anteil von sechs Prozent. Das heißt, dass gleichzeitig 94 Prozent andere Folienprodukte produziert werden, sodass die Plastiktüte von der Menge her eigentlich unbedeutend ist. Das kommt auch im Bereich der Siedlungsabfälle zum Tragen. Dort beträgt der Anteil bundesweit weniger als 0,2 Prozent. Die Entsorgung von Plastiktüten unterliegt in Deutschland der Verpackungsverordnung, das heißt, dass die Hersteller die Verantwortung für die in den Verkehr gebrachten Tüten übernehmen müssen. Das erfolgt durch eine Lizenzierung beim Dualen System, wo sie der die Kosten für die Entsorgung auch erstatten.

Plastiktüten, die als Abfall entsorgt werden, werden stofflich oder energetisch verwertet. Eine Deponierung von nicht vorbehandelten Abfällen ist in Deutschland nicht mehr zulässig. Wir schätzen deshalb, dass der Anteil der Plastiktüten in der gesamten Wirksamkeit der Umwelt-

belastung verhältnismäßig unbedeutend ist. Das kommt auch in der in Deutschland verbrauchten Menge zum Ausdruck. – Herr Fischer erwähnte schon die Zahl von 76 Plastiktaschen pro Einwohner. – Wenn man das mit dem EU-Durchschnitt vergleicht, der bei 198 Plastiktaschen liegt und in einer Vielzahl von Ländern in Nord- und Südeuropa sogar bei über 400 Plastiktaschen, dann heißt das, dass wir in Deutschland bei der Reduzierung der Plastiktaschen im Vergleich zu anderen EU-Ländern doch schon sehr weit sind. Da hat sich zumindest in der GMV-Studie, die uns vorliegt, bis 2012 eine Reduzierung des Verbrauchs von insgesamt 11 Prozent ergeben, was den Darstellungen von Herrn Fischer etwas widerspricht, aber es gibt unterschiedliche Analysen.

Ich möchte zu diesem Thema sagen, dass der Umgang mit Plastiktragetaschen seitens der Verbraucher und des Handels in Deutschland doch schon sehr verantwortungsvoll ist. Das heißt, wir haben nicht so ein Litteringproblem wie in den anderen Ländern und einen wesentlich geringeren Verbrauch. Der Handel ist engagiert und sucht auch nach Alternativen, um Müll und Abfall zu vermeiden. Ein wichtiges Ziel des Handels ist die Reduzierung der Plastiktüten durch Alternativangebote. Wie schon erwähnt, gibt es dazu eine ganze Reihe, die im Prinzip vom Handel angeboten wird. Das reicht von Plastiktragetaschen aus Recyclingmaterial über Papier- und Baumwollerzeugnisse. Ein Problem, das wir dabei sehen, ist, dass es bisher leider noch zu wenig Alternativen zu den Plastiktüten gibt. Wir müssen heute noch zugeben, dass eine Plastiktragetasche aus recyceltem Material in ihrem Entstehungsprozess aus ökologischer Sicht wesentlich günstiger ist als eine Papiertüte. Das heißt, nicht alle Produkte sind ökologisch vorteilhafter. Hier ist die Industrie gefragt, Produkte zu schaffen, die gegenüber den Plastiktüten ökologisch vorteilhafter sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Umweltaktivitäten des Einzelhandels ist die Förderung der Verwertung. Das ist aus unserer Sicht im Moment ein aktuelles Problem und bedeutet für uns vor allem die Stabilisierung und Rettung des Dualen Systems, denn über das Duale System werden sämtliche Plastikabfälle aufgenommen und verwertet. Der Einzelhandel hat sich finanziell sehr stark engagiert, um das Duale System zu erhalten.

Ein anderer wichtiger Punkt für uns ist die Information der Unternehmen und Kunden. Dazu gibt es Entwicklungen und Verpflichtungen der Handelsunternehmen auf europäischer Ebene, die im Moment zur Debatte stehen. Das reicht bis hin zur Nachfrage an den Kassen und der Aufforderung zum Mehrfachgebrauch von Plastiktragetaschen.

Sie sehen, dass wir in dieser Hinsicht engagiert sind, aber wir sehen dieses Problem nicht so wie meine beiden Vorredner, denen es darum ging, unbedingt die Anzahl der Plastiktüten zu reduzieren oder eine Steuer zu erlassen. Das wäre für uns nicht zielführend. Es würde schon zu einer minimalen Reduzierung führen, aber das eigentliche Problem, nämlich das des Litterings, das wir in Deutschland nicht haben, auch nicht lösen. – Danke sehr!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Für die BSR hat nun Herr Thürmer das Wort. – Bitte sehr!

Andreas Thürmer (Berliner Stadtreinigungsbetriebe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von uns noch mal vielen Dank, dass wir die Gelegenheit haben, zu diesem Thema Stellung zu beziehen! – Wir als BSR sind im Wesentlichen an zwei

Stellen mit dem Thema Plastiktüten befasst, und zwar zum einen, wenn es um die Entsorgung der Plastiktüten geht, zu der ich kurz einige Sätze sagen möchte, und zum anderen im Rahmen unserer Abfallberatung, zu der wir Ihnen eine Unterlage zur Verfügung gestellt haben. Ich werde im Folgenden darauf eingehen, wo wir unsere Schwerpunkte dazu setzen.

Kurz zum Thema Entsorgung: Ja, in der Tat sind Plastiktüten in der Entsorgung nicht wirklich problematisch. Wenn sie in der Wertstofftonne landen, dann werden sie auch stofflich verwertet. Wir finden aber natürlich jede Menge Plastiktüten vor allem auch im Restabfall, weil Plastiktüten sehr häufig auch als Abfalltüten verwertet werden. Dort werden sie nur energetisch verwertet. Nicht so schön sind Plastiktüten, wenn wir sie im Bioabfall finden, wo sie auch sehr oft verwendet werden. Zwar werden sie dort im Rahmen des Prozesses der Vergärung im Wesentlichen aussortiert, aber es bleiben doch auch immer Reste drin. Die konventionellen Plastiktüten gehen im Vergärungsprozess und im Prozess der Nachrotte, die den Kompost erzeugt, nicht kaputt, das heißt, wir müssen das dann auch noch mal sieben. Das verteuert den Prozess und verschlechtert ein Stückweit die Qualität des Kompostes, den man durch den gesamten Prozess erzeugen kann. Es ist aus unserer Sicht schon auch wünschenswert, Plastiktüten weitestgehend zu vermeiden, und deswegen kommen wir auf das andere Thema, das der Abfallberatung, zu sprechen.

Das Thema Abfallberatung leitet sich für uns aus zwei Dingen ab: Zum einen haben wir vom Land Berlin den gesetzlichen Auftrag, das zu tun, und zum anderen haben wir seit 2010 über die Nebenentgelte, die die Dualen Systeme in Berlin zur Verfügung stellen, die Verantwortung, für die richtige Getrenntsammlung zu werben, aber auch für die Abfallvermeidung. Das tun wir letztlich in Bezug auf Plastiktüten auf unterschiedlichen Wegen. Zum einen gibt es die Kampagne „Trennstadt Berlin“, die heute schon mehrfach angesprochen wurde. Da unterstützen wir verschiedene Initiativen, um auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Die größte Aktion in diesem Zusammenhang wurde Ihnen gerade erläutert: „Berlin tüt was!“ Da geht es darum, darauf aufmerksam zu machen, wie es sich eigentlich mit den Plastiktüten verhält, wie viele Plastiktüten produziert werden und wie man die Leute davon überzeugen kann, dass sie davon weniger nutzen. Wir gehen aber auch an anderer Stelle weiter, indem wir konkrete Angebote machen, wie zum Beispiel bei der gerade erwähnte Tauschaktion im Rahmen des stattgefundenen Umweltfestes, um die Leute mit Mehrwegbeuteln auszustatten, damit weniger Einwegplastiktüten verwendet werden. Wir haben in unserem Shop verschiedene Angebote von Mehrwegbehältern, zum Beispiel Glasbehälter, die man auch zum Einkauf verwenden kann oder unser preisgekröntes Abfallsammelsystem für die Küche, das sogar einen Designpreis bekommen hat. Das ist so gestaltet, dass Sie zum einen darin Abfall sammeln und wegbringen können und den Behälter dann gleich dafür verwenden können, um damit einkaufen zu gehen. Es geht also schlicht und einfach darum, Dinge auch intelligent miteinander zu verknüpfen, um die Mehrwegidee an dieser Stelle weiter voranzubringen.

Als Drittes möchte ich noch erwähnen, dass wir versuchen, an dieser Stelle auch mit dem Handel zu kooperieren, der bei der Frage, wie viele Plastiktüten letztlich in Umlauf gebracht werden, eine entscheidende Funktion hat. Die Kooperation mit der Türkischen Gemeinde wurde schon angesprochen. Es konnten immerhin mehr als 30 Märkte dafür gewonnen, keine kostenlosen Plastiktüten mehr auszuteilen, sondern Mehrwegtüten. Wir haben noch eine andere Aktion in Vorbereitung, die Sie auch in der Unterlage finden: Wir wollen gemeinsam mit einem Markt eine Aktion zur Vermeidung von Plastiktüten an der Obsttheke durchführen und auch dort ein Mehrwegsystem einführen, um an dieser Stelle nicht mehr diese vielen Einweg-

tüten zu benutzen. Das ist ein ganzes Konglomerat unterschiedlicher Dinge, die wir da voranbringen, und das werden wir auch weitermachen. Meine Auffassung ist, dass das Problem der Plastiktüten im Verhältnis zu den Gesamtmengen an Plastikabfällen, die wir in Berlin haben, nicht sehr groß ist, aber es ist im umgekehrten Fall auch nicht kompliziert, das zu beseitigen, indem man von Einweg auf Mehrweg umsteigt, und dazu benötigen wir Kooperationen mit den handelnden Akteuren. Letztlich kann sich der Gesetzgeber natürlich auch überlegen, ob er das ein Stückweit – wie wir das vorher schon gehört haben, am Beispiel Irland – in diese Richtung steuert, dass es weniger Einwegplastik gibt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Nun haben sich einige Abgeordnete zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Magalski, Sie haben als Erster das Wort!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst einmal herzlichen Glückwunsch auch von unserer Seite für die gelungene Aktion, die uns nicht zuletzt auch diesen Tagesordnungspunkt beschert hat. Die Deutsche Umwelthilfe und die Stiftung Naturschutz haben sich engagiert, um dieses Thema stadtweit zu forcieren. Viele Abgeordnete waren vor Ort, und wir haben auch schon im letzten Jahr an mehreren Aktionen teilgenommen, unter anderem an der Aktion „Stimmen gegen Plastiktüten“. Auch daran waren sehr viele Abgeordnete beteiligt, was sehr schön war. Deswegen sehe zunächst einmal einen Konsens darin, dass wir in die richtige Richtung gehen, um den Plastiktütenmüll einzudämmen, nur müssen wir schauen, welche Stufe der Eskalation wir wahrnehmen wollen. Das Wichtige ist natürlich, dass die Aufklärung an erster Stelle als das mildeste Mittel ausgiebig genutzt wird, um die Verbraucherinnen und Verbraucher für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Denn es kommt nicht darauf an, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern 71 Plastiktüten pro Kopf benutzen, sondern es kommt darauf an, dass wir den Plastiktütenstau beseitigen. Die Aufklärung ist dabei eine wichtige Sache. Ich selbst verstehe nicht, warum Plastiktüten teilweise im Biomüll landen, denn es ist logisch, dass wir den Biomüll aus der Plastiktüte in die Biotonne schütten und dann die Plastiktüte in die Gelbe Tonne werfen. Wir müssen schauen, dass wir die Bevölkerung dafür noch sensibilisieren.

Der nächste Schritt, den wir gehen könnten, wäre eine Abgabe auf Plastiktüten, auch auf lokaler Ebene, in Angriff zu nehmen. Dazu liegt uns das Rechtsgutachten vor. Wir müssen schauen, dass das auch fraktionsübergreifend diskutiert wird und wir uns nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, denn die Stadt Kassel hat das 1996 auch schon versucht und ist – damals noch unter anderen gesetzlichen Voraussetzungen – damit am Bundesverfassungsgericht gescheitert. Deshalb schauen wir jetzt noch einmal auf die neue rechtliche Situation. Ich denke, dass das das Mindeste ist, das wir von Berlin aus schaffen sollten, nämlich eine Abgabe auf Plastiktüten einzufordern. Die 22 Cent, die in Irland genommen werden, sind sicherlich ein guter Anhaltspunkt. In Deutschland könnten wir aufgrund der etwas höheren Kaufkraft gegebenenfalls auch ein paar Cent mehr nehmen, was eine Abstimmungssache wäre, die wir aushandeln und diskutieren müssten.

In letzter Instanz wäre ein Verbot von Plastiktüten kein Denkverbot. Das muss diskutiert werden, und das ist auch von der EU so gewollt. In einzelnen Ländern der Europäischen Union ist das jetzt schon Tatsache, beispielsweise in Italien. Auch außerhalb der Europäischen Union, in der Schweiz, besteht ein Plastiktütenverbot, aber auch in den südlichen Ländern, wie gerade etwas verfehlt erwähnt wurde, dass dort die größte Plastikschwemme herrsche. Das stimmt natürlich, aber auch in Indien und China ist es so, dass wir ein Plastiktütenverbot haben, also gerade in den bevölkerungsreichsten Ländern der Erde sind.

Wir haben die Möglichkeit, in Berlin in einer Vorreiterrolle als klimaneutrale Stadt, wenn wir uns in die Richtung Klimaneutralität bewegen wollen, weiterhin Fortschritte zu machen. Ich kann deswegen nur alle auffordern, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Ich hoffe, dass wir uns gemeinsame parlamentarische Initiativen über alle Ideologien hinweg auf die Fahne schreiben können, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Dieses Ergebnis kann, wie ich gerade skizziert habe, in drei unterschiedlichen Stärken stattfinden. Ich hoffe auf die stärkste dieser Waffen gegen die Plastiktütenflut. Kommen wir zusammen, finden wir hoffentlich einen gemeinsamen Weg, denn das Problem lässt sich nicht mehr vom Tisch wischen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Gebel!

Silke Gebel (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte erst einmal sagen, bevor wir über die Plastiktüte sprechen, wie großartig ich es finde, dass wir in Berlin Geschichte geschrieben haben. Die Stiftung Naturschutz hat es als Initiatorin gemeinsam mit der BSR und der Deutschen Umwelthilfe geschafft, dass Berlin ins Guinness Buch der Rekorde gekommen ist mit einem Thema, das Umweltschutz ganz klar thematisiert. Das war ein großer Kraftakt für die einzelnen Akteure, das zu schaffen, für die Stiftung Naturschutz, die Deutsche Umwelthilfe und die BSR, aber auch die Berlinerinnen und Berliner dieser Stadt, die dazu beigetragen haben, dass diese 30 000 Tüten auf dem Tempelhofer Feld hochgehalten wurden. Das Ganze hat uns noch einmal sehr eindrücklich dargestellt, wie immens die Plastiktütenflut ist. Ich war vor Ort. Ich habe vor Ort in meinem Büro gesammelt. Uns haben jede Woche Bürger mit Plastiktüten im Büro die Tür eingerannt, um an dieser Aktion teilnehmen zu können. Diese 30 000 Tüten, die dort hochgehalten wurden, haben ganz klar gezeigt, dass man von einer Plastiktütenflut in Berlin sprechen kann. Und das ist nur die Spitze des Eisberges. 30 000 Tüten werden in einer Stunde in Berlin ausgegeben. Wenn Sie das hochrechnen, würde das Tempelhofer Feld nicht im Mindesten ausreichen, um diese Masse an Tüten aufzufangen. Das Ganze – das hat Herr Fischer bereits erwähnt – sind 5 200 Tonnen Verpackungsmüll, der im Sinne der Abfallvermeidung eigentlich reduziert werden sollte. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Natürlich sind wir in Deutschland Vorreiter was das Recycling angeht. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sagt aber ganz klar: Es gibt eine Priorität, was die Abfallvermeidung angeht, und das bedeutet, dass bei den Stoffen, und darunter würde ich eine Plastiktüte ganz klar zählen, wo es einfach möglich ist, einen Ersatzstoff zu finden, nämlich einen Mehrwegbeutel, man das Primat der Abfallvermeidung, sprich: keine Plastiktüte, auch von politischer Seite forcieren muss.

Natürlich kann man jetzt sagen, die Berliner Tüte landet nicht im Blauwalmagen, außer Sie nehmen sie mit auf eine Kreuzfahrt und schmeißen sie über Bord, aber das ist auch gar nicht der Punkt. Wenn Sie sich anschauen, welchen Ressourcenverbrauch diese 250 Millionen Plastiktüten allein in Berlin verursachen, dann reden wir über 15 600 Tonnen Rohöl. Es gab diese Woche vom WWF eine neue Studie, die gezeigt hat, was der Ressourcenverbrauch mit unserer Erde macht. Aktuell verbraucht die Menschheit 50 Prozent mehr Ressourcen, als diese Erde zur Verfügung hat. Das bedeutet, momentan bräuchte man eigentlich eineinhalb Erden, um unseren täglichen Bedarf zu kompensieren. 2030 redet man schon über zwei Erden, und das ist sehr konservativ geschätzt. Das bedeutet, wir müssen jetzt umdenken und im Sinne des Ressourcenschutzes da anfangen, wo wir können, und da würde ich die Plastiktüte ganz weit vorne sehen.

Die Aktion „Berlin tüt was!“ hat vor allen Dingen sehr klar gezeigt, dass die Bürger sehr offen für eine Eindämmung dieser Flut sind. Im Sinne von Abfallvermeidung und Ressourcenschutz stellt sich für mich die Frage: Wie kann man es in Berlin schaffen, diese Tütenflut einzudämmen? – Im Ganzen sehe ich da drei Optionen. Das eine ist der Klassiker, die Aufklärungskampagne, vielleicht noch gepaart mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung, sprich: Man appelliert an den mündigen Bürger und stellt ganz klar Mehrweg statt Einweg in den Fokus. Die andere Option ist die Abgabe des Tütencents, wie es der Lebensmittelhandel seit über 40 Jahren auch schon praktiziert. Wenn ich in den Supermarkt gehe, um mein Gemüse einzukaufen oder etwas für mein Wurstbrötchen, dann muss ich, wenn ich eine Plastiktüte mitnehme, heute schon Geld dafür zahlen. Die dritte und letzte Option ist das Verbot. Wenn ich mir diese drei Optionen und die Zahlen anschau, und die BSR hat auch sehr eindrücklich dargestellt, was sie seit Jahren für Kampagnen über Trennstadt macht, finde ich es unerheblich, ob das Ganze ein bisschen hoch- oder heruntergegangen ist. Fakt ist, wir haben 250 Millionen Tüten pro Jahr, und da kann sich keiner hinstellen und sagen: Das ist nicht zu viel. – Wenn man sich anschaut, was Bürger uns berichtet haben, und das ist sicherlich auch das, was die Einzelnen von uns an Erfahrungen machen, dass man die Tüten im Handel auch sehr stark aufgedrängt bekommt – Herr Fischer hatte angesprochen, dass die Tüten auch als Marketingfläche genutzt werden –, dann würde ich unterm Strich sagen, dass die Kampagnen nicht in dem Maße funktioniert haben, wie sie vielleicht hätten funktionieren können, und dass man jetzt überlegen muss, welche weiteren Instrumente es gibt. Es ist trotzdem weiter wichtig. Wenn ich einen Tütencent einsetze, brauche ich trotzdem weiterhin den Anreiz und auch die Unterstützung, kampagnentechnisch, dass ich auf Mehrweg umsteige.

An der Stelle würde ich gerne noch eine Frage ganz konkret an die BSR und die Deutsche Umwelthilfe stellen. Es gibt immer wieder Diskussionen der Alternativen zu den Einwegplastikbeuteln wie Bioplastik und Papier. Es klang ein bisschen das Stichwort Umweltbilanz durch. Aber auch gerade hinsichtlich der Entsorgungsperspektive finde ich die Frage ganz wichtig: Wie gehen Sie denn mit Bioplastik um, wenn das im Kompost landet? Ich fände es schön, wenn Sie das mal aus der Entsorgungsperspektive sagen. Für uns ist eigentlich klar, dass eine Einwegoption keine Alternative zu der Plastikeinwegtüte sein kann, aber es wäre gut, wenn Sie da vielleicht noch ein bisschen Faktenklarheit reinbringen.

Zum zweiten Punkt, den Abgaben: Wie gesagt, die Lebensmittelmärkte machen das bereits seit 40 Jahren. Da verstehe ich auch Herrn Fischer vom Handelsverband Berlin-Brandenburg nicht, warum er da so eine Differenzierung zwischen Kleidungsläden und Lebensmittelmärkten macht. Es würde mich auch interessieren, wie bei Ihnen im Verband die Diskussion geführt wird, wie sich da die Lebensmitteleinzelläden vertreten fühlen. Man muss aber klar sagen, das dient der Abfallvermeidung.

Im Bundestag haben in der letzten Legislaturperiode im Umweltausschuss Grüne, Linke und SPD für den Tütencent von 22 Cent gestimmt. Ich würde mich freuen, wenn das eine Möglichkeit wäre, vielleicht auch noch mit weiteren Fraktionen für Berlin. Das Verbot ist momentan noch nicht der Schritt, den mal gehen sollte. Ob der Kürze der Zeit, überspringe ich das jetzt.

Zum Schluss, also im Sinne vom Ressourcenschutz: Wenn man sich noch einmal die 1 500 Tonnen Rohöl im Sinne von Abfallvermeidung anschaut, ist es eine leichte Möglichkeit, Einweg durch Mehrweg zu ersetzen. Im Sinne der immensen Flut von 250 Millionen

Tüten würde ich mir wünschen, dass man es hier schafft, gemeinsam den nächsten Schritt zu gehen, um diese Tütenflut einzudämmen und um auch den Bürgern, die ihr Interesse bei der Aktion „Berlin tüt was!“ gezeigt haben, auch ein Stück weit eine Stimme zu geben.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben nicht ohne Grund, alle fünf Fraktionen, diesen Besprechungsgrund heute aufgerufen, weil sich damit auch sehr deutlich zeigt, dass es nicht nur Anliegen von einzelnen Parteien oder Fraktionen ist, sondern von und allen – was wir auch dokumentiert gesehen haben mit der großen Aktion „Berlin tüt was!“ auf dem Tempelhofer Feld und dem, was davor schon gelaufen ist –, die Einwegtütenflut deutlich zu verringern und auch insgesamt die Plastiktüten zurückzudrängen. Ich kann das auch für die SPD-Fraktion sehr klar sagen. Das merkt man auch sogar im Einzelhandel, Herr Fischer. Es kommt darauf an, in welchen Laden man sich begibt. Wenn man in großen Bekleidungshäusern ist, dann ist es selbstverständlich, dass man die große Tüte zum großen Mantel dazu bekommt. Da sagt bisher auch nur ein Prozent: Nein, die Tüte nehme ich nicht. – Wenn man in inhabergeführten Einzelhandelsläden ist, Spielwarenladen um die Ecke oder andere, dann kommt es oftmals vor, dass die Chefin sagt: Die meisten Kunden lehnen das heute ab, dass sie eine Tüte bekommen. – Sie haben manchmal nur das Problem, dass die Spielwarenverpackung vielleicht nicht in die mitgebrachten Baumwollbeutel passt, aber das ist eben sehr unterschiedlich. Wir können gemeinsam daran arbeiten – auch als Parlament –, die positiven Aspekte und Initiative zu stärken und – wo notwendig – auch gesetzlich zu flankieren. Deswegen diese Aussage, die wir auch immer vom Handel und Umweltverbänden: Diese kostenlose Abgabe von Tüten – – Ich finde, sie überhaupt nicht kostenlos. Wir alle sollten uns immer wieder klarmachen, die Tüte gibt es nur als Dreingabe zu dem Produkt, das ich schon bezahlt habe. Auf gut Deutsch: Der Preis der Tüte ist im Produktpreis enthalten. Es gibt nicht wirklich etwas umsonst, und das zeigt auch – das muss ich nicht noch einmal ausführen, sondern kann an Frau Gebel anschließen –, dass bei der Herstellung ein Ressourcenverbrauch und bei der Müllbelastung eine Emission bei der wie auch immer gearteten stofflich oder thermischen Verwertung vorhanden ist. Das kann man nicht wegdiskutieren, auch wenn man natürlich sagen kann: Es sind zwar viele Millionen Tüten, aber in Gramm ist es nur sehr wenig – das hatten Sie gesagt, Herr Fischer –, es ist trotzdem ein erheblicher Anteil. Wir sind glücklicherweise kein Land, wo die Plastiktüten durch die Straßen fegen. Das ist in Berlin und in Deutschland glücklicherweise kein Thema, aber dieser neue Trend ist da.

Jetzt zu den einzelnen Punkten: Wir sollten als Parlament schauen, dass wir die Kooperation mit dem Handel deutlich verstärken müssen und dass sich auch der Handel stärker als bisher engagieren muss. Einzelne Initiativen sind von der Stiftung Naturschutz genannt worden, es sind aber sehr wenige Läden, die das bisher in Berlin tun. Wir müssten das positiv begleiten und auch von der Verwaltung her aufzeigen, dass das in Berlin sehr gewünscht ist, dass die Alternativen aufgezeigt werden müssen. Zunächst einmal: Weniger Tüten ist das erste Motto, das heißt, Mehrwegbeutel verwenden. Dann aber auch das Stichwort Plastikfasten. Das war eine Aktion des BUND, was die BSR mit der Weihnachtstütenaktion macht, die man dann auch als Verpackungsmaterial für Weihnachtsgeschenke benutzen kann, diese neuen Obstbeutel. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie ein paar Sachen mitgebracht hätten, damit wir das auch einmal bei uns und in den Bürgerbüros zeigen können. Das sind sehr praktische Dinge. Der Staatssekretär ist so nett und hält einmal ein Belegexemplar hoch – [Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Ich dachte, das ist eine Warnweste für das Auto, kann man aber wahrscheinlich auch

dafür verwenden!] – Hätten Sie dem Vorsitzenden eines mitgebracht, wüsste er, dass man es nicht anziehen soll. – [Dr. Manuel Heide (CDU): Wollen Sie damit sagen, dass ich zu dick bin, dass ich da nicht reinpassen würde?] – Nein, das habe ich nicht gesagt. Es ging nur um die Farbwahl. Ich möchte Sie mal in Grellorange sehen. – Spaß beiseite: Wenn es möglich ist, dass z. B. Obstbeutel in zu 99 Prozent aus Recycling-PET hergestelltem Material ausgegeben werden können, dann ist das ein sehr positives Signal. Das müssen wir stützen. Die DUH hat mehr als ein Gutachten und auch sehr fundierte Gutachten erstellen lassen. Wir alle wissen jetzt, es ist nicht möglich, eine Sonderabgabe nach Bundesrecht zu nehmen, aber Sie sagen, es ist möglich, rechtlich eine echte Verbrauchsteuer nach Artikel 105 Abs. 2 des Grundgesetzes zu erheben. Darum meine Frage an die Senatsverwaltung: Wie bewerten Sie das juristisch? Sie hatten sich zu einer Sonderabgabe schon einmal zu Anfragen, die von Abgeordneten gestellt wurden, kritisch geäußert. Sehen Sie diese Möglichkeit, dass wir dieses Instrument nutzen können, wenn man z. B. sagt, nach einer Übergangsfrist von Freiwilligenmaßnahmen sehen wir nur noch darin die Möglichkeit, das weiter zu reduzieren?

Dann meine Frage sowohl an die BSR als auch an die Umweltverbände: Wie sehen Sie es denn mit den Alternativen zu den bisherigen Einwegverpackungen, also Stichwort: vermeintlicherweise biologisch abbaubare Tüten? Ich habe damit ein bisschen Probleme und bitte um Aufklärung, denn wir hören und sehen immer, die biologisch abbaubare Plastiktüte wird dann hochgehalten, als wäre sie viel besser. Nach meiner Kenntnis ist es aber so, dass sie in den Kompostierungsanlagen nicht lange genug verweilt, um da kompostiert zu werden. Ist dem so? Welche praktischen Erfahrungen haben Sie als BSR damit? Wie stellen sich die Umweltverbände zu diesem Material, das ja auch gewonnen werden muss? Ist es nicht ökologisch bei der Gesamtbilanzbetrachtung besser, wenn die Dinger verbrannt werden, anstatt dass mit ihnen etwas ganz anderes passiert? Können wir da vielleicht noch Informationen bekommen?

Bei der endgültigen Abwägung müssen wir auch als Gesetzgeber tätig werden. Ich wünsche mir, dass der Handelsverband noch mehr Engagement zeigt, auch zusammen mit den Umweltverbänden. Ich finde es schade, dass nur einzelne aktiv sind. Es ist eine Biomarktkette, die aktiv wird. Es sind einzelne Obstläden, die über die Betreiber sehr aktiv sind, die sich beteiligen, aber es sind in Berlin unter 1 Prozent. Ich finde das sehr schade und würde Sie bitten, dort aktiver zu werden, damit wir nicht in die Situation kommen, dass wir als Landesgesetzgeber scharfe Gesetze machen müssen. Sie können mehr tun. Tun Sie das bitte auch, sonst könnte es wirklich so weit kommen, dass wir uns fragen: Müssen wir nicht diese scharfen Gesetze und dieses scharfe Schwert auch ziehen? – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke, Herr Buchholz! – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch wenn es bereits gesagt wurde, es ist und war eine phantastische Aktion, die dort auf die Beine gestellt wurde, wofür ich mich im Namen der CDU auch sehr herzlich bei Frau Freudenthal, stellvertretend für den gesamten Vorstand der Stiftung Naturschutz, der BSR und der Deutschen Umwelthilfe bedanken möchte. Ein tolles Medienecho hat gezeigt, dass das ein Thema in unserer Stadtgesellschaft ist und das auch zu Recht. Ich muss mich auch konkret bei Herrn Fischer von der Deutschen Umwelthilfe bedanken, dass Sie in Vorbereitung auf diese Aktion, aber auch auf dieses Thema, die Gespräche zu einzelnen Abgeordneten gesucht haben. Wir selber hatten auch vor drei, vier Monaten Gelegenheit, dazu mal zu sprechen. Ich halte so etwas für sehr wichtig,

dass man das auch konsequent und ehrlich vertritt und die Argumente miteinander austauscht, und das ist heute ein Ergebnis dieses konsequenten gemeinsamen Arbeitens.

Ich habe versucht, mir noch mal die Fakten anzuschauen. Sie haben eine wunderbare Webseite und die Sachen ganz einfach aufgearbeitet. Auch andere bieten Möglichkeiten, diese Dinge nachvollziehbar zu machen. Was mich dann aber doch erstaunt hat, was mir so gar nicht bewusst war, ist, dass diese natürliche Abbaubarkeit zwischen 100 und 500 Jahren z. B. beschrieben wird und dass im Zuge von nachhaltigen Entscheidungen, die wir als Politik jeden Tag treffen müssen, es dann doch schwierig wird, verantwortlich mit diesem Thema umzugehen, wenn man weiß, dass diese Problematik besteht. Wenn ich dann sehe, wie viele Tüten tatsächlich weltweit deponiert werden müssen, auch wenn es in Deutschland seit 2005 verboten ist, oder wir auch die Frage der Ozeane regelmäßig durch Greenpeace oder andere Organisationen auf den Tisch bekommen, dann stellen wir fest: Es ist ein wichtiges Thema. Und wenn ich mein eigenes subjektives Handeln bewerte, privat oder auch beruflich: Die vermeintliche kostenfreie Tüte wird an der Handeltasse als selbstverständlich bewertet. Wenn mich jemand vor einem halben Jahr gefragt hat, ob ich dafür bereit bin, 10 Cent zu zahlen, dann habe ich schon gedacht: Schwierig, ich habe es doch schon bezahlt, ich will es haben. – Der Anspruch in unserer Gesellschaft ist aber so ausgeprägt, dass die Leute selbstverständlich eine solche Tüte sogar einfordern. Sie sind teilweise auch dazu bereit, dafür einen geringen Betrag zu bezahlen. Das hat sich bei mir komplett geändert. Auch als CDU war es so, dass, wenn wir ein wunderbares Bürgerfest bei uns in Lichtenberg organisiert haben, dann habe ich 800 Tüten mit rausgegeben, weil ich froh bin, wenn die Menschen – – [Zurufe] – Das gehört zur Wahrheit dazu, dass man selbstkritisch reflektiert und auch mal überlegt: Wir sind hier der Querschnitt der Gesellschaft, und viele von Ihnen, die hier vorgeben, ganz umweltspezifisch und ökologisch zu handeln, kennen bestimmt die sogenannte Verhaltenslücke, die bestimmt bei jedem schon mal aufgetreten ist und auch bei den Beteiligten hier. Nur wir gehen damit offen um, dass man Lernprozesse macht. Jedenfalls war es ganz normal, diese 800 Tüten herauszugeben. Man denkt gar nicht darüber nach, warum man keine Alternativen gecheckt hat, sondern es war preiswert und das Thema war mit der Übergabe der Plastiktüte erledigt. Dass sie dann möglicherweise nur noch 25 Minuten Lebenszeit hat oder kaum oder gar nicht mehr genutzt wird, das sind Fakten, die man hier bespricht, und das ist auch gut so.

Zu der großen Offenheit von unserer Seite gehört auch die Frage des Paradigmenwechsels. Jetzt kommt der Handel für mich ins Spiel. Ich verstehe nicht, warum Sie als Handelsvertreter es immer als Problem bewerten. Sehen Sie es doch als Chance. Versuchen Sie doch, neue kreative Ideen in Verbindung zu bringen mit dem Anspruch und der Nachfrage, die wir uns gerne wünschen würden, nämlich Menschen, die etwas bewusster, ökologisch orientierter, vielleicht nicht jedes Mal konfrontiert werden mit der kostenfreien oder sehr preiswerten Tüte, sondern mit dem Stoffbeutel. Da können Sie weiter Werbung drauf machen. Sie können eine kreative Werbeaktion daraus machen. Sie könnten Punkte sammeln oder was auch immer. Es gibt wunderbare Möglichkeiten. Reagieren Sie doch nicht erst, wenn es zu spät ist, sondern versuchen Sie, bereits früher Einfluss zu nehmen. Das würde ich mir wünschen, und das ist auch etwas, was die CDU-Fraktion sich wünscht. Wir sind in seltenen Fällen eine Partei, die ein Interesse daran hat, Sanktionen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir wollen über Anreize miteinander funktionieren. Ich finde aber, dass ich persönlich den Handel viel zu wenig wahrnehme für ein proaktives Vorgehen, die Tüte entweder zu streichen oder so weiterzuentwickeln, dass sie nicht mehr diese negative Rolle in unserer Gesellschaft spielt. Verstehen Sie das bitte als Appell! Deshalb die Frage an Herrn Fischer vom Handelsverband: Gibt es denn

bereits Entwicklungen, wo Sie sagen, da sind wir auf einem guten Weg? Was sind denn konkrete Maßnahmen, die Sie unternehmen? Stehen Sie dauerhaft in Gesprächen mit der Deutschen Umwelthilfe oder anderen? Waren Sie beteiligt an dem, was jetzt auf dem Tempelhofer Feld stattgefunden hat? Haben Sie versucht positiv Einfluss zu nehmen? Wenn es so wäre, wäre es bei mir nahezu untergegangen.

Es gab mal einen SPD- Landesparteitag mit Herrn Arndt, den ich damals persönlich angeschrieben hatte, um mit ihm darüber zu sprechen. Er hat leider nie geantwortet. Mit ihm wollte ich gerne über diese Sonderabgabe sprechen. Herr Müller und auch Herr Gaebler sagten, Sonderabgaben z. B. auf Pappbechern sind sehr schwer umsetzbar. Jetzt gibt es aber einen Vorschlag, ein Gutachten, das ich sehr interessant finde, zu sagen, man könnte das auf eine örtlich gebundene Verpackungssteuer beziehen. Hier schließe ich mich den Fragen an, die dazu schon gestellt wurden. Ist das möglich? Wenn ja, wie? Glauben Sie, dass das umsetzbar wäre? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Ich habe diese Aktion „Berlin tüt was!“ auch begrüßt und durch mein Büro unterstützt. Ich war auch selbst bei diesem Fest auf dem Tempelhofer Feld. Die Frage ist allerdings: Wie läuft diese Aktion über die Akteure BSR und Stiftung Naturschutz weiter? Ich denke, dass der Weltrekord das eine ist, andererseits kann man an dem Punkt nicht aufhören. Ein bisschen ist schon dazu gesagt worden, dass mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden muss und kann, aber mich haben die Bürger gefragt: Wie sieht es aus? Tragen BSR und ALBA das eine oder andere auch dazu bei, noch mehr Aufklärung, gerade auch über die Verwertungswege der Tüten, zu leisten? Ebenso die Frage an den Handel: Wenn es nicht möglich ist, von heute auf morgen eine Abgabe einzuführen, ist es dann nicht möglich, ähnlich wie sonst Werbematerialien in Tüten eingesteckt werden, in die immer noch von Bürgern und Käufern nachgefragten Tüten dann zumindest entsprechendes Informationsmaterial zu stecken, wie man die Tüten entsorgt, dass man eigentlich darauf verzichten kann?

Ich sage es einmal anders herum: Wenn ich einen Anzug oder Schuhe kaufen gehe, dann mache ich das meistens nicht auf dem Nachhauseweg, sondern dann ist das eine geplante Aktion, und wenn ich etwas plane, dann kann man natürlich auch ein Behältnis mitnehmen. Genauso wie man zum Flughafen nicht mit einer Plastiktüte geht, könnte man dann vielleicht auch mit einem entsprechenden Behälter oder Gepäckstück in den Laden gehen und sich dann das Entsprechende kaufen. Es ist nicht immer die Baumwolltüte, wobei ich sagen muss: Wenn andere so wahnsinnig viele Plastiktüten in ihrem Haushalt haben, häufen sich bei mir eher die Baumwolltüten, denn gerade die sind besonders schön bedruckt, und es sind inzwischen schon besonders informative und künstlerisch sehr gut gestaltete Sachen entstanden. Dann haben wir irgendwann auch einmal ein Entsorgungsproblem dieser Baumwolltüten. Aber gut, die lassen sich in jedem Fall ökologischer verwerten.

Nochmal meine Frage in Richtung Deutsche Umwelthilfe: Sie haben in Ihrem Gutachten diese 22 Cent angeführt. Sehen Sie denn diese Größenordnung als gerecht an? Würde das alle Kosten einschließen, die für die Herstellung bis hin zur Entsorgung dieser Tüten momentan aufgewendet werden müssen? Spiegelt das ein wirkliches Preis-Leistungs-Verhältnis für die Produktion und Entsorgung dieser Tüten wider? Wenn wir sie noch nicht vermeiden können, dann muss man erst einmal etwas machen, und da schließe ich mich den Vorrednern an, die

sagen: Wir wollen in Berlin in einer Vorreiterrolle einnehmen, und wenn diese Aussage schon von alle Fraktionen so getätigt worden ist, dann sollte die Senatsverwaltung hier und heute vielleicht auch schon sagen, welchen Fahrplan sie in dieser Richtung anstrebt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Wir reden über Alternativen, und Alternativen heißt für mich nicht, dass man etwas durch etwas anderes ersetzt, sondern man muss sich auch überlegen, wie man diese ganze Plastikmüllthematik anders behandelt. Ich frage Sie, ob Sie vor 30 Jahren in Ihrem Leben so viel Plastik gehabt haben. Es ist Normalität geworden. Ich denke, dass wir ein Umdenken und sogar ein Umhandeln bräuchten. Ich freue mich über die Kampagne „Berlin tüt was!“ von der Stiftung Naturschutz Berlin. Danke dafür und Danke an die BSR für diese Kampagne! Insbesondere freue ich mich über meine Initiative, die ich mit der türkischen Gemeinde zu Berlin zur Reduzierung und Vermeidung von Plastik in türkeistämmigen Supermärkten organisiert habe. Ich finde es wichtig, dass wir gemeinsam diese Probleme angehen. Ich stelle mir auch die Frage, wenn man hier über Alternativen redet, warum ein Verbot keine Alternative sein soll. Bangladesch macht das seit dem Jahr 2000. In Ruanda und Tansania macht man das seit 2005. Da hat man Kunststofftüten verboten. Es gibt sogar Gefängnis und Geldstrafe dafür. Ich will nicht so weit gehen, aber ich frage mich, warum wir uns damit schwertun, wenn wir feststellen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher das nicht freiwillig machen oder der Handel sich nicht freiwillig bewegen möchte. Kalifornien hat als erster Bundesstaat in den USA ab heute Plastiktüten verboten. Ich denke, es gibt genug andere Länder, die, was das betrifft, uns einiges vormachen.

Ich habe zwei Fragen an die Anzuhörenden. Erstens: Frau Freudenthal! Sie haben vorhin angesprochen, dass einige Biosupermarktketten die Initiative ergriffen haben und Plastik nicht mehr anbieten. Was halten Sie von der Idee, wenn man in den landeseigenen Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen usw. keine Plastiktüten anbieten würde? Zweitens: Wie wirksam wäre es, Verbraucherinnen und Verbraucher durch Kampagnen auf diese Problematik aufmerksam zu machen? Wie viel würde das bringen? – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Altug! – Last but not least, Frau Vogel!

Katrin Vogel (CDU): Ich mache es auch kurz. Ich habe eine Frage an Frau Freudenthal und Herrn Fischer. Mir geht es um die Fortführung dieser Kampagne „Berlin tüt was!“. Ich fand, sie war wirklich gelungen. Sie haben sich selbst bei mir vor Ort im Büro überzeugt, wie viele Leute gekommen sind. Wir haben die Tütenkette geprobt. Es war wirklich eine gute Aktion. Es kommen nach wie vor Leute zu mir ins Büro und fragen nach diesen Beuteln. Jetzt stellt sich die Frage: Es gibt viele, die bereit wären, dafür zu bezahlen, die sich wünschen, dass wenigstens zum Selbstkostenpreis diese schwarzen Beutel mit der Aufschrift „Berlin tüt was!“ und „Plastik war gestern“ fortgeführt wird. Wir würden relativ viel davon loswerden. Ich denke, dass die Leute auch ganz überzeugt tragen und diese Aktion dadurch auch weiterführen. Dieses Bekenntnis dazu „Plastik war gestern“ finde ich schon eine gute Sache, und ich würde mir wünschen, dass es weitergeht.

Eine zweite Sache wäre die: Bei Zigarettenschachteln gibt es immer diese Aufdrucke wie „Rauchen schadet der Gesundheit!“. Wie wäre es denn, wenn man auf diesen Plastikbeuteln irgendwo so einen Hinweis anbringt „Dieser Plastikbeutel kann nur schwer entsorgt werden und schadet der Umwelt!“ Mal so als kleiner Vorschlag.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Wir sind dann durch mit unseren Beiträgen. Insofern würde ich dann die Anzuhörenden bitten – vielleicht diesmal in umgekehrter Reihenfolge – zu antworten. – Bitte, das wären Sie von der BSR!

Frau Birgit Nimke-Sliwinski (BSR): Dann beginne ich hier mal für die BSR. Die eine Frage war ja die nach den Themen Verwertungswege und Biokunststoffe. Die Tüten werden in den Verwertungswegen je nach Anlagenkonfiguration auch bei den dualen Systemen nicht immer ganz unkritisch betrachtet. Für uns ist es – wir hatten schon gesagt, in der Verbrennung ist es natürlich kein Thema – in der Biovergärungsanlage so, dass Biokunststofftüten in der Tat nicht vollständig abgebaut werden würden und deshalb in dem ersten Prozess der Absiebung entnommen werden. Gleichwohl müssen wir aber auch sagen, dass natürlich, um hohe Mengen Biogas zu erzeugen, auch gerne sehr feuchte Abfälle in der Biovergärung – wie Speisereste – gewünscht sind und man hier natürlich auch ein Stück weit die Abwägung gehen muss, was können wir dem Bürger an der Stelle auch in seinem Haushalt zumuten, und was können wir eben auch auf Anlagenseite leisten, um tatsächlich auch gut Bioabfälle in Berlin aus den Haushalten sammeln zu können. Da sind wir in einem permanenten Abwägungsprozess. Bei allem, was einigermaßen trocken ist, macht es natürlich Sinn, es in einem Zeitungspapier eingewickelt in die Biotonne zu geben oder eben auch auszuschütten, wie Herr Altug es vorhin auch schon mal angeregt hatte, und keine Tüten zu verwenden.

Ganz grundsätzlich ist noch mal zu sagen, dass wir mit der Trenntstadt Berlin als Kampagne, an der viele Akteure beteiligt sind – ALBA wurde hier auch noch als Partner angesprochen –, versuchen, umfangreiche Arbeit an verschiedensten Stellen überall, wo wir die Kontaktpunkte haben, zu leisten. Und ein wichtiger Punkt ist eben auch der Förderfonds Trenntstadt, den wir, solange die Mittel der dualen Systeme weiter fließen, hier auch gerne am Leben erhalten wollen, weil hieraus für die Stadt wirklich sehr vielfältige, kreative Projekte – auch über die der Deutschen Umwelthilfe hinaus – aus kleineren Communitys heraus, z. B. Live e. V., die Türkischen Frauen, also Stadtteilmütter usw., entstanden sind. Diese haben hier auch schon sehr aktive Arbeit in Neukölln im Kleineren geleistet. Mit der türkischen Gemeinde sind wir auch im Gespräch, Anträge ggf. entsprechend zu verlängern, um das ganze Thema auszubauen, denn hier hilft es uns eben in dieser vielfältigen Stadt – auch gerade mit Multiplikatoren –, aus der eigenen Community zu agieren und nicht immer nur eine zentral verordnete Arbeit zu leisten.

Im Anschluss an „Berlin tüt was!“ ist bereits verabredet, dass eine Plastik aus den gesammelten und dort eingesetzten Tüten entstehen soll, gemeinsam mit einem Berliner Künstler, der auch sehr stark im Bereich „soziale Plastiken“ arbeitet. Über das Motiv diskutieren wir gerade noch mit ihm. Wir könnten die Megaplastiktüte vorstellen, die dann als Mahnmal an verschiedenen Orten unterwegs sein kann, und das vielleicht in Bürgerbüros, an Bibliotheken, öffentlichen Einrichtungen, durchaus einem SEA LIFE, aber auch verschiedensten Handelserreinrichtungen stattfinden zu lassen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Fischer, Sie haben das Wort!

Thomas Fischer (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Ich würde auf vier Fragen eingehen wollen, einmal die Entsorgungskosten, die Lizenzierungskosten hinsichtlich der Verbrauchssteuer, die 22 Cent. Umgangssprachlich titulierte man den Grüne-Punkt-Cent für Verkaufsverpackungen deshalb so, weil die Entsorgungskosten marginal sind. Sie sind verhältnismäßig gering und überschaubar. Das ist auch bei Plastiktüten so. Wir sprechen hier nicht mal von einem Cent für die Entsorgungskosten. Insofern gehen diese 22 Cent deutlich über das hinaus, was tatsächlich an Entsorgungskosten anfallen würde, wenn man die Entsorgung über die haushaltsnahe Wertstoffsammlung annimmt. Wenn man sich auf die Bezahlung der Entsorgungskosten beschränken würde, dann hätten wir – glaube ich – keine Lenkungswirkung. Denn welche Lenkungswirkung würde von einem zu zahlenden Aufpreis von einem Cent pro Plastiktüte ausgehen? – Keine! Deshalb diese 22 Cent. Das kann man auch durchaus diskutieren. Es klang ja von der Piratenfraktion schon mal an, ob man nicht die in Relation zu der Kaufkraft die Plastiktütenabgabe hier auch noch anheben kann, damit sie eine noch stärkere Lenkungswirkung entfaltet. Auch dafür sind wir offen. Auch das ist keine schlechte Idee. Allerdings ist eben auch die Abgabe immer das mildere Mittel als ein Verbot, und es steht jedem frei, ob er diese Verbrauchssteuer bezahlen möchte oder eben auch nicht. Es kann ja jeder darauf verzichten. Es wird keiner zusätzlich belastet.

Dann gab es noch eine andere Frage zur Wirkung von Informationskampagnen. Die Frage kam von Herrn Altug. Wir von der DUH führen seit zwei Jahren – mit zentralem Schwerpunkt in Berlin – eine Informationskampagne „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte!“ durch, gefördert vom Förderfonds Trenntstadt Berlin. Wir haben eine sehr positive und reichhaltige Resonanz von Berliner Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Einrichtungen, Einzelhändlern und öffentlichen Einrichtungen bekommen. Es gibt auch viele Landkreise außerhalb von Berlin, die bei uns anrufen und fragen: Können wir euer Informationsmaterial benutzen? Könnt ihr uns unterstützen? Könnt ihr Vorträge zu diesem Thema halten? Könnt ihr uns eure Kampagnentragetaschen nicht zur Verfügung stellen? Das läuft sehr erfolgreich, allerdings muss man das natürlich auch einschränken. Sie können so viel Öffentlichkeitsarbeit machen, wie Sie wollen. Wenn weiterhin Plastiktüten im Einzelhandel kostenlos rausgegeben werden, dann werden sie den Plastiktütenverbrauch nie so weit verringern können, dass sie da in einen Bereich von 90 oder 95 Prozent kommen, wie das beispielsweise in Irland der Fall war. Insofern sind Informationskampagnen zweifelsohne wichtig. Man muss sie begleitend zu einer möglichen Abgabe auch unbedingt durchführen, und das wurde in Irland auch getan. In Irland wurden die Verbraucher darüber informiert, wie viel Plastiktüten innerhalb von einem Jahr nach der Einführung der Abgabe eingespart worden sind. Das ist eine positive Rückkopplung, und viele der Iren waren total begeistert, als sie mitbekommen haben, dass sie 90 Prozent weniger Plastiktüten verbraucht haben. Solche Kommunikationskampagnen sind notwendig, aber nicht hinreichend.

Dann die Frage zum Thema Biokunststoff. Es ist nicht sinnvoll, eine per se ressourcenineffiziente Einwegplastiktüte durch eine andere Einwegplastiktüte zu ersetzen, weil dadurch die Anzahl verbrauchter Plastiktüten nicht verringert wird. Und im Übrigen: Wenn eine Plastiktüte gelittert wird und sie landet in einem marinen Ökosystem oder in der Landschaft und ein Tier nimmt diese Plastiktüte oral auf, dann ist es dem Tier – glaube ich – in letzter Instanz egal, ob diese Plastiktüte aus Recyclingkunststoff hergestellt ist oder aus PLA. Zusätzlich ist der ökologische Rucksack von biologisch abbaubaren Plastiktüten aufgrund der Energiepflan-

zen, die zu deren Herstellung verwendet werden, deutlich negativer als eine herkömmliche Plastiktüte aus fossilem Rohöl. Zur biologischen Abbaubarkeit muss man auch noch bemerken, dass diese sich natürlich nur auf industrietechnische Normen beschränkt, also beispielsweise auf die DIN EN 13432. Das heißt aber gleichzeitig auch: Jeder, der glaubt, eine biologisch abbaubare Plastiktüte auf dem Heimkompost entsorgen zu können oder ggf. auch wegwerfen zu können und sie würde sich besonders schnell biologisch abbauen, liegt falsch, weil diese Bedingungen für einen schnellstmöglichen biologischen Abbau in der Natur nicht gegeben sind. Das ist mehr oder weniger eine Fakenummer, um eine per se umweltunfreundliche Einwegplastiktüte irgendwie als umweltfreundlich vermarkten zu können. Das ist in der Funktion einer Tragetasche nicht sinnvoll.

Dann zur letzten Frage, die gestellt worden ist: Wie geht es weiter mit Plastiktüten, mit einer Plastiktüteninformationskampagne? Die DUH wird über das Projekt hinaus, das von dem Förderfonds Trennstadt Berlin unterstützt wurde, natürlich auch weiterhin Aufklärungsarbeit in Berlin leisten. Gegebenenfalls werden wir auch noch einen Antrag beim Förderfonds stellen, weitere Aktivitäten zur Verringerung von Plastiktüten in Berlin durchführen zu können, beispielsweise auch – da würden wir auch sehr gerne auf den Handel zugehen – Best-Practice-Beispiele für das Angebot von besonders kreativen Mehrwegtragetaschen für den Spontankauf beispielsweise, aber auch Anreizsysteme für die Nutzung von Mehrwegtragetaschen, beispielsweise durch Bonuspunktemodelle oder durch Rabattgutschriften, attraktiver zu machen. Das wären auch noch Möglichkeiten, die wir sehen, um gemeinsam mit dem Handel etwas zu erreichen. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Der andere Herr Fischer dann vielleicht?

Klaus Fischer (Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V.): Der Handel ist in der Richtung engagiert. Das habe ich schon gesagt. Eingangs wurde gesagt, der Lebensmittelhandel praktiziert das schon lange. Das ist eine Selbstverpflichtung des Lebensmittelhandels gewesen, die vor vierzig Jahren gestartet ist, dort Tütengroschen einzuführen, um Müll zu vermeiden. Aber die Situation ist natürlich in den anderen Bereichen doch etwas komplizierter. Wenn Sie ein Warenhaus ansehen, ist es nicht so ähnlich wie im Lebensmittelladen, wo ich vorher weiß, was ich kaufen will. Im Warenhaus sind 60 bis 80 Prozent Spontankäufe, d. h. die Leute hatten gar nicht damit gerechnet, das zu kaufen, insofern brauchen sie dann immer irgendeine Verpackung. Das sind Dienstleistungen, die der Handel anbieten muss. Er muss Möglichkeiten haben – gerade im Bekleidungshandel und dort, wo größere Dinge sind –, dass die Leute es auch nach Hause bringen können. Der Handel ist immer gerne bereit, Alternativangebote einzusetzen und anzubieten, soweit sie vorhanden und möglich sind. Wir haben auch – das hat sich in den letzten Jahren entwickelt über den Lebensmittelhandel auch in den Warenhäusern – überall Alternativangebote an Tragetaschen, Baumwolltaschen usw. Manche Ketten arbeiten nur mit Papiertaschen. Ich sagte aber vorhin, eine Papiertasche ist aus ökologischer Sicht wesentlich unvorteilhafter als eine recycelte Plastiktüte. Das ist schon ein Problem, wo man darüber diskutieren muss, wo man genau wissen muss, was ist denn ökologisch nun eigentlich sinnvoll aus der Gesamtsicht betrachtet, nicht nur aus Sicht des Abfalls, sondern bezogen auf den gesamten Herstellungsprozess. Welche Dinge sind da zukunftssträftig? Da braucht der Handel auch Unterstützung. In welche Richtung sollte es gehen? Was sollte man dort wirklich einsetzen? Wir haben vor Jahren auch die Entwicklung biologisch abbaubarer Tüten unterstützt, wo sich nun inzwischen herausgestellt hat, dass das Ganze eigentlich verpufft ist und problematischer ist als die reine Plastiktüte. In der Hinsicht ist der Handel immer bereit, Al-

ternativen mitzumachen, aber man muss natürlich sehen, dass die Anforderungen und auch die Wünsche der Kunden in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich sind. Es ist ein Unterschied, ob ich in einen Supermarkt gehe oder in ein Warenhaus gehe.

Was Werbung auf Tüten anbelangt, muss ich sagen, das ist wirklich nicht die Frage. Die Plastiktüten existieren nicht wegen der Werbung. Ich glaube, diese Frage stellt sich für kein Unternehmen. Die können auch auf jeglichen anderen Tüten untergebracht werden, soweit das gewünscht ist.

Vielleicht eine Bemerkung noch, die man auch im Hinterkopf haben sollte: Im Moment laufen auch in der EU Diskussionen über das Thema. Dort wird so herangegangen, dass man die Plastiktüten unter 50 Mikrometer betrachtet, d. h. die dünneren Plastiktüten. Dort wird also diskutiert – ich weiß nicht, wie weit der Stand ist –, ob Abgabe, Verbot oder sonstwas ermöglicht werden soll. Das ist eine ganz andere Richtung, in die diese Diskussion wieder geht. Das wird auch Konsequenzen haben. Stellen Sie sich mal vor, die ganzen Tüten im Bereich Obst und Gemüse usw., die hätten eine Abgabepflicht oder würden verboten. Das heißt, es wird Konsequenzen dahingehend haben, dass im Handel die Vorverpackung von Waren zunehmen wird. Wir erreichen dann bei einem Verbot eigentlich das Gegenteil, nämlich dass dort also viel mehr Waren vorverpackt werden, noch mehr Plastik, noch mehr Kunststoff für die Waren verbraucht wird. Diese Prozesse muss man dann auch im Auge behalten.

Um noch mal eine Zahl zu nennen, weil hier vorhin das Thema, Plastikmüll aufkam, an dem wir leiden: Die Produktion von Plastiktragetaschen hat in Deutschland einen Anteil von 0,7 Prozent am gesamten Kunststoffaufkommen, das pro Jahr produziert wird. Ich will noch mal auf die Menge hinweisen. Kunststoff ist insgesamt ein Problem bei der Abfallbehandlung. Deshalb wäre es auch wichtig zu sehen, was können wir erreichen. Was erreichen wir, wenn wir jetzt auf Tragetaschen in Warenhäusern eine Abgabe verlangen? Es wird sicherlich eine Reduzierung geben, das sehe ich so. Aber was heißt das dann ökologisch für die Umwelt? Was haben wir gewonnen, und dient das wirklich dem Ziel, das Littering zu vermeiden? Ich glaube, damit werden wir nicht zielführend sein.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Freudenthal!

Sylke Freudenthal (Stiftung Naturschutz Berlin): Von mir abschließend nur noch mal das Signal: Die Aktion war toll, aber sie ist natürlich keine Eintagsfliege. Schon jetzt gibt es weitere Projekte, die im Gang sind, z. B. die Erprobung von Lebensmittelverkauf in zwei Berliner Geschäften gänzlich ohne Verpackungen. Das Ganze wird auch künftig weitergehen, dass wir gemeinsam mit den Partnern hier auch am Tisch, insbesondere durch den Trennstadt-Fonds, als Stiftung Naturschutz Berlin in der Unterstützung solcher Projekte tätig sein können. Die Kooperationen mit Partnern sind für die Stiftung Naturschutz Berlin ein Lebenselixier. Ich glaube, das kann man auch für die anderen Partner hier am Tisch so sagen. Kooperation ist auch das Erfolgsrezept, wenn man Wandel bewirken möchte. Insofern sind all die Ideen, die hier so aufkamen, beispielsweise Aufdrucke auf Plastiktüten – so etwas könnte z. B. der Handelsverband initiieren –, natürlich herzlich willkommen, oder auch ein Verändern bei den Landeseinrichtungen, wenn es dort noch Plastiktüten geben sollte – ich bin gar nicht so im Bilde, ob das z. B. in Bibliotheken noch der Fall ist. Alles, was an Kooperation und an Mitstreitern möglich ist, ist natürlich herzlich willkommen und ganz wichtig. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! Dann darf ich mich bei Ihnen im Namen des Ausschusses erstmal bedanken, dass Sie uns hier zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen weiterhin noch viel Erfolg für Ihre Arbeit. Ich glaube, das ist ein relativ anspruchsvolles Ziel, bei der Bequemlichkeit der Einzelnen dazu beizutragen, dass der innere Schweinehund überwunden wird und man vielleicht auch mal daran denkt, einen Plastikbeutel öfter zu benutzen und sich nicht jedes Mal einen neuen zu greifen. Ich glaube, damit wäre schon eine ganze Menge gewonnen, aber das ist meine persönliche Meinung. – Dann waren noch Fragen an den Senat! – Bitte, Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Sie haben sich sehr ausführlich untereinander ausgetauscht, insofern ist fast alles gesagt. Als Hinweis: Es ging vielleicht ein bisschen durcheinander, aber auch in dem Gutachten, das hier vorliegt, steht eindeutig drin, dass die Einführung einer Sonderabgabe rechtlich nicht möglich ist. Das war vorhin einfach eine Verwechslung, deshalb wollte ich es hier noch mal klarstellen.

Zu einer möglichen Verpackungssteuer gibt es unterschiedliche Einschätzungen, ob das möglich ist. Das Rechtsgutachten sagt, grundsätzlich Ja. Alle Diskussionen, die es bisher dazu gegeben hat, auf Bundesebene in den entsprechenden Länderausschüssen und auch mit dem entsprechenden Bundesministerium, sagen, dass die Einschätzung, die das Gutachten hier hat, dass die Widersprüche zur bundesgesetzlichen Konzeption nicht mehr bestünden, vom Bundesministerium zumindest auch von den Länderausschüssen anders gesehen werden. Insofern bedarf es da schon noch einer entsprechenden Klärung. Aus unserer Sicht ist das nicht so eindeutig.

Ich will aber an der Stelle schon auch die Frage stellen, ob so eine Steuer tatsächlich das Ziel erreicht, was Sie damit verbinden. Also erstens: Ist sie verhältnismäßig? Wie hoch soll sie dann sein? Wenn Sie jetzt mal von den 10 oder 15 Cent ausgehen, die der Lebensmitteleinzelhandel normalerweise nimmt, wage ich mal die Prognose, wenn Sie das im Bekleidungseinzelhandel machen, bei Sachen, die 100 Euro aufwärts kosten, dass das nicht der Verbraucher bezahlt – jedenfalls nicht direkt. Er bezahlt es dann indirekt, indem der Handel insgesamt die Preise erhöht, aber ich wage zu bezweifeln, dass Ihnen dann hier bei den großen Bekleidungshäusern tatsächlich gesagt wird: Sie kriegen nur eine Tüte, wenn Sie jetzt 10 Cent auf den Tisch legen –, sondern die werden Ihnen die Tüte geben und die Steuer selber bezahlen. Damit haben Sie den Steuerungseffekt überhaupt nicht erreicht. Und bei denen, wo Sie es vielleicht haben wollen, nämlich bei dem Markt an der Ecke, der sich nicht an diese Vereinbarung des Lebensmitteleinzelhandels hält, wage ich auch mal zu bezweifeln, dass Sie das steuerlich mit geringem Aufwand erfasst bekommen, was dort an Tüten über den Ladentisch geht, und entsprechend den Preis bekommen. Ich glaube, Sie müssen sich da überlegen, was dieses theoretisch vielleicht nachvollziehbare Modell in der Praxis tatsächlich an Wirkung entfaltet. Da, glaube ich nach wie vor, ist das, was Sie auch angesprochen haben, nämlich Vermeidung, Aufklärung und die Frage, ob man Leihsysteme in Gang setzen, die erfolgreichere Variante, mit der man da arbeiten kann.

Zum Verbot an sich noch mal der Hinweis: Es ist, glaube ich, EU-rechtlich nicht so weit geklärt, dass die normalen Plastiktüten nicht verboten werden dürfen, dass dafür ein Verbot nicht den EU-Regelungen konform ist. Es ist nur für die Dünnwandigen eine Ausnahme gemacht worden. Für alle anderen ist es eindeutig geklärt, dass es nicht zulässig ist, dass die Mitgliedstaaten hier Verbote erlassen können. – [Zuruf von Dr. Turgut Altug (GRÜNE)] – Ja,

aber in Italien ist die vermutlich nicht EU-rechtskonform. Es gibt Länder, die machen Sachen, die nicht EU-rechtskonform sind. Das soll vorkommen. Ich will mich jetzt nicht darüber auslassen, dass in Italien flächendeckend keine Plastiktüten mehr in Umlauf gebracht werden. Ich habe da andere Erfahrungen gemacht.

Bei den dünnwandigen Tüten ist es eben tatsächlich so, dass wir da auch die Frage stellen müssen: Was ist denn die Alternative – gerade bei Lebensmitteln und Ähnlichem? Ich gehöre zu den Leuten, die wirklich keine Plastiktüten wegwerfen. Deshalb habe ich auch ziemlich viele zuhause. Ich hätte Ihnen noch welche für Ihre Aktion mitbringen können, weil man die gar nicht so viel wieder in Umlauf bringen kann und ich mich immer schwer damit tue, sie dann in den Abfall zu tun. Wir haben eine relativ hohe Verwertungsrate und -quote, so dass das Plastik jedenfalls von uns vorrangig nicht im Blauwalmagen landet. Die andere Frage war aber: Was ist denn die Alternative? Ich finde es ja schön, so einen verpackungsfreien Lebensmittelhandel zu haben, gerade wenn Frischwaren da verkauft werden. Aber ehrlich gesagt, bei meinem Tagesablauf kann ich mir nicht immer vorstellen, wie ich das gewährleisten soll, dass ich dann noch frische Lebensmittel einkaufen und einigermaßen ansehnlich nach Hause bringen soll. Ich glaube, man muss da auch immer einen kleinen Realitätsscheck machen und nicht nur in der Theorie darüber nachdenken. Deswegen ist wichtig, dass man verschiedene Wege wählen kann und sich nicht auf einen versteift, und die Verbots- und Bepreisungsstrategie scheint mir nicht so zielführend wie die Vermeidungs- Aufklärungs- und Leihverpackungsstrategie.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für diese Ausführungen! – Dann kann ich diesen Tagesordnungspunkt hier abschließen.

Dann kommen wir zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.